

# Holzarbeiter-Zeitung.

## Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.  
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeb.  
Post-Nr.: 3564.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: **Ernst Fr. Deinhardt**, Hamburg;  
für die Expedition und den Anzeigenteil: **S. Stubbe**, Hamburg.  
Redaktion und Expedition: **Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.**

Inserate  
für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 40  $\%$ ,  
Bergmütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20  $\%$ ,  
Veranstaltungsanzeigen 10  $\%$ . Beilagen nach Uebereinkunft.

### Holzarbeiter Berlins und der Vororte! Kollegen Deutschlands!

Der gemeinsame Arbeitsnachweis der Tischlerinnung und des Verbandes der Holzindustriellen in Berlin, Alexanderstr. 31, ist strengstens zu meiden. Erfüllt jeder Kollege seine Pflicht, dann wird die schmählische Kontrolle zurückgewiesen und der Plan der Unternehmer, den Holzarbeiterverband lahm zu legen, gründlich vereitelt werden. Darum sei jedes Verbandsmitglied auf dem Posten.

### Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mittheilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

- Zuzug ist fern zu halten von:
- Tischlern nach Dielefeld** (Firma F. Güse), Nienburg (Ernsting), Erdmannsdorf i. Meiseengebirge, Worms (Hermann Schuhl, Neufuß S. H. Rausch, Fr. Rausch, R. Hartmann, Ph. Hens, S. Karle, Jos. Hirnfeld, A. Witter, S. Spopfad, Otto Krenzle, O. Menefe), Söckst (Firma Becker & Schäfer), Raumburg (D. Köllertisch), Zeulenroda, Ratingen (Schrad);
- Tischlern und Lackirern nach Neu-Isenburg**,
- Tischlern, Drechslern, Polirern und Maschinenarbeitern nach Saalfeld** (Ab. Schmidt), Fürth (Otto), Delitzsch (Wieprecht & Cie.), Laucha (Bernegrosch & Breuke);
- Tischlern und Stellmachern nach Mastatt i. Wb.** (Waggonfabrik);
- Robellistischlern und Drechslern nach Berlin**;
- Drechslern und Polirern nach Driesen an der Nege** (Ziegler & Co.);
- Drechslern nach Zeiß** (Worms);
- Stäbchen- und Etiquettenzeichnern nach Geschwend** (W. Emil Bartholome);
- Stellmachern nach Hannover** (Fischerhof).

### Katholische Gewerkschaften.

At. Die christlichen Gewerkschaften sind wahrlich nicht auf Rosen gebettet. Kaum daß sie die Krisis überstanden haben, in die sie durch die offene Gegnerschaft der höheren katholischen Geistlichkeit hineingeführt waren, wird ihnen von sehr nahestehender kirchlicher Seite wiederum ein Knüttel zwischen die Beine geworfen, der ihrer Entwicklung alles Andere, nur nicht förderlich sein kann. Als vor zwei Jahren das Rundschreiben der preussischen Bischöfe erschien, durch das die christlichen Gewerkschaften wegen ihres paritätischen Charakters in Acht und Bann erklärt und die spezifisch katholischen Arbeitervereine als das für die katholischen Arbeiter „allein Zulässige“ angepriesen wurden, da erhob sich in den christlichen Gewerkschaften eine gewaltige Entrüstung, es wurde sogar mit dem Abfall der katholischen Arbeiter von der Kirche gedroht, bis die Bischöfe zurückwichen, in Audienzen und Hirtenbriefen an ihre Gläubigen aus der Arbeiterschaft versicherten, es sei gar nicht so schlimm gemeint, es solle Alles beim Alten bleiben. Nicht die christlichen Gewerkschaften an sich, sondern deren etwa in der Zukunft möglichen Auswüchse sollten durch das Rundschreiben der Bischöfe getroffen, gewissermaßen im Keime erstickt werden.

Die christlichen Gewerkschaftsführer ließen sich durch solche Erklärungen beruhigen, sie bewiesen in der Folge, daß die seitens der Bischöfe laut gewordenen Befürchtungen, als könnte es ihnen jemals einfallen, ernstlich wider den kapitalistischen Stachel zu läden, keine Berechtigung haben, sie brachten es sogar fertig, für die agrarische Lebensmittelwucher-Politik mehr als eine Lauge einzulegen, und müssen es jetzt erleben, daß allen bischöflichen Beschwichtigungen zum Trotz seitens einflußreicher ultramontaner Führer das alte Projekt der Aufspaltung der etwas eingeschlafenen katholischen Arbeitervereinsbewegung auf Kosten der christlichen Gewerkschaftsbewegung realisiert wird.

Auch dieses Mal geht die gewerkschaftsfeindliche Aktion von Berlin aus, wie das vor zwei Jahren der Fall war. Ein Herr v. Sabigny in Berlin, ein Zentrumsabgeordneter, der mit seinem Millionen umfassenden Vermögen den katholischen Arbeiter- und Gesellenvereinen über manche Geldverlegenheit hinweggeholfen hat und sich damit die Berechtigung erworben zu haben glaubt, den katholischen Arbeitern ihre Bege-

und Ziele vorzuschreiben, hat auch diese neuerliche Bewegung in Fluß gebracht, wie man ihm vor zwei Jahren nachsagte, daß er das preussische Episkopat zu dem gewerkschaftsfeindlichen Fuldaer Hirtenbriefen inspiriert habe. Ihm assistiren hierbei ein Pfarrer Fournelle in Berlin, der Präses des norddeutschen Verbandes katholischer Arbeiter- und Gesellenvereine, weiter der Redakteur des Organs jenes Verbandes, Dr. Fleischer, sowie der Vorsitzende der Berliner Arbeiterschutzbünde, ein gewisser Herr Kloos zu Charlottenburg, die vollständig unter seinem Einfluß stehen.

Ihr Plan geht dahin, innerhalb der katholischen Arbeitervereine Fachabteilungen zu gründen, deren Zweck es sein soll, die katholischen Arbeiter, die sich auf wirtschaftlichem Gebiete in den christlichen Gewerkschaften dem geistlichen Einfluß zu entziehen drohen, wieder unter die väterliche Obhut der katholischen Geistlichkeit zu bringen. Diese Fachabteilungen, in denen der geistliche Herr Präses das entscheidende Wort hat, sollen an Stelle der christlichen Gewerkschaften treten.

Am 10. April ist die vom vorjährigen Delegirtenkongress der katholischen Arbeitervereine Norddeutschlands zur Beratung der Gewerkschaftsfrage eingesetzte Kommission in Berlin zusammengetreten und hat in diesem Sinne Beschluß gefaßt. Dem nächsten Delegirtenkongress der norddeutschen katholischen Arbeitervereine sollen nach dem Beschlusse dieser Kommission, wie die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ mittheilt, folgende Satzungen zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden:

§ 1. Die Mitglieder der katholischen Arbeitervereine schließen sich, um ihre besonderen wirtschaftlichen Interessen zu schützen und zu fördern, zu beruflichen Fachabteilungen zusammen, die in ihrer allgemeinen Vereinigung im Gesamtverband der katholischen Arbeitervereine eine gewerkschaftliche Organisation darstellen. Als besondere Aufgaben derselben sollen gelten:

1. Die Mitglieder in allen das Arbeitsverhältnis betreffenden Tagesfragen durch Vorträge, Diskussionen und dergleichen aufzuklären;
2. einen vermittelnden Einfluß bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Mitglieder auszuüben;
3. die Durchführung und weitere Ausgestaltung der Arbeiterschutzesorgungen anzustreben;
4. den Mitgliedern in allen aus der Zugehörigkeit zu den Verbandsvereinigungen sich ergebenden Schwierigkeiten Beistand zu leisten;
5. der Arbeitsnachweis;
6. die Errichtung von Unterklassen für die Mitglieder der Fachabteilungen.

usw. usw.

§ 2. Die Zahl der zu bildenden Fachabteilungen wird nach Bedürfnis von dem Gesamtvorstand des Verbandes der katholischen Arbeitervereine festgesetzt und kann vermehrt werden. Zehn Mitglieder desselben Berufes in einem Arbeiterverein genügen zur Gründung einer Fachabteilung.

§ 3. Jede Fachabteilung eines Vereins wählt jährlich einen Vorsitzenden, einen Kassirer und einen Schriftführer. Dem Vorsitzenden liegt es ob, im Einverständnis mit dem Vereinspräsidenten, die besonderen beruflichen Angelegenheiten der Mitglieder einer Fachabteilung durch geeignete Veranstaltungen zu fördern (die Versammlungen der Abtheilung und deren Vorstandes berufen und zu leiten).

§ 4. Die Kassirer der Fachabteilungen führen vierteljährlich (monatlich) die Gelder der Abtheilung an den Vereinskassirer ab; letzterer rechnet mit dem Vereinsvorstand, dieser mit dem Bezirks- bezw. Verbandsvorstande ab.

Ueber die Beiträge beschließt die Verbandsgruppe im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand.

§ 5. Die Fachabteilungen desselben Berufes bilden innerhalb ihres Bezirkes eine Bezirksgruppe. Die Vorsitzenden der Fachabteilungen desselben Berufes wählen jährlich aus ihrer Mitte den Vorsitzenden ihrer Bezirksgruppe; demselben liegt es ob, im Einverständnis mit dem Bezirkspräsidenten die beruflichen Interessen seiner Bezirksgruppe zu vertreten.

Die Mitglieder der Arbeitervereine, welche ihrer kleinen Zahl wegen keine eigene Fachabteilung ihres Berufes bilden, gehören als Einzelmitglieder der Bezirksgruppe ihres Berufes an.

§ 6. Die verschiedenen Bezirksgruppen desselben Berufes bilden ihre Verbandsgruppe. Die Vorsitzenden der Bezirksgruppen desselben Berufes wählen alle fünf Jahre den Vorsitzenden ihrer Verbandsgruppe; dieser leitet im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand die fachberuflichen Arbeiten seiner Gruppe und überwacht ihre besonderen Anstalten und Einrichtungen.

§ 7. Die Vorsitzenden der Verbandsgruppen bilden mit dem Gesamtvorstand des Verbandes die Zentralkommission der beruflichen Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine.

§ 8. Die Beschlüsse und Maßnahmen der Fachabteilungen der Bezirksgruppen und der Verbandsgruppen sind zur Kenntniß des jeweiligen geistlichen Beirathes (Vereins-, Bezirks-, Verbands-Präses) zu bringen. Sowohl diesem als der Fachabteilung steht das Recht zu, an ihre nächsthöhere Instanz sich zu wenden. Die Entscheidung der Zentralkommission ist definitiv.

§ 9. Die Generalversammlung jeder einzelnen Verbandsgruppe findet alljährlich einmal statt im Anschluß an den Delegirtenkongress des Gesamtverbandes der katholischen Arbeitervereine. Ihre Beschlüsse bedürfen der Gutheißung des Generalpräsidenten des Verbandes.

§ 10. Es empfiehlt sich, daß jede Verbandsgruppe nach altem deutschen Brauch einen Schutzheiligen als Patron erwählt und stets in Ehren hält.

§ 11. Die beruflichen Fachabteilungen sind obligatorisch für alle Verbandsvereine und für alle Mitglieder der Vereine. Begründete Ausnahmen können vom Verbandsvorstande gestattet werden; über die Erheblichkeit der Gründe entscheidet der Verbandsvorstand.

Ein netter Plan, die christlichen Gewerkschaften, die unter der Einflußnahme der katholischen Geistlichkeit ohnedies stark zu leiden haben, ganz unter ihre Vormüßigkeit zu bringen. Ohne die Zustimmung der katholischen Geistlichkeit darf darnach überhaupt nicht mehr vorgegangen werden. Der christliche Beirath hat — nach der Begründung dieses Normalstatuts — die Angelegenheiten der Fachabteilungen vorzugsweise unter religiösen und moralischen Gesichtspunkten zu prüfen und zu begutachten. Er wird sich die beruflichen Interessen der Arbeiter besonders angelegen sein lassen, und nach Kräften, und soweit thunlich, bei Behörden und maßgeblichen Persönlichkeiten vertreten, namentlich auf eine friedliche und gerechte Beilegung etwaiger Differenzen bedacht sein.

Von Streit soll dann selbstverständlich keine Rede mehr sein. „Den Arbeitern muß die Waffe des Streiks aus der Hand genommen werden“, hat Herr v. Sabigny neulich in Höpfer gesagt, ganz im Sinne des Fuldaer Hirtenbriefens, in dem auch gegen die Lohnbewegungen der Arbeiter ein Bannfluch geschleudert wurde.

Diese Satzungen sind überhaupt nur die Erfüllung des bekannten bischöflichen Fuldaer Pastoralen, das wir bei seinem Erscheinen richtig als das erkannt haben, als was es sich durch diese Satzungen darstellt: das Verdammungs-urtheil und die Vernichtung der christlichen Gewerkschaften. Die Zentrumspresse versuchte damals, das Fuldaer Pastoral als möglichst harmlos hinzustellen, wider besseres Wissen — wie wir von vornherein sagten und wie es sich jetzt auch bestätigt. Denn der Wortlaut wie der Sinn des Pastoralen waren zu klar, um Zweifel zuzulassen. Wider besseres Wissen handeln die Zentrumsblätter auch, wenn sie den von Berlin ausgehenden Vorstoß als das Werk Einzelner hinzustellen versuchen. Nein, es ist ein wohlüberlegtes, von den hohen Kirchenbehörden gebilligtes und geförderteres Vorgehen — durchaus im Sinne des preussischen Episkopats.



Der bischöfliche Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften kann Denjenigen nicht überraschen, der auch nur einige Erfahrung über das Wesen der Kirche hat. Die Kirche vertritt keine Selbstständigkeit der Massen, die immertreue Gehilfin des kapitalistischen Systems duldet nicht, daß die Arbeiter wirksam an ihrer ökonomischen und sozialen Befreiung thätig sind. Sklaven, wehr- und willenlos der Autorität ergeben, gefügig für jede Ausbeutung, jede Unterdrückung — das ist das Material, das die heutigen Vertreter der Kirche bedürfen, um ihrer Herrschaft sicher zu sein. Das Wort von der „sozialen Mission“ der Kirche wird durch das jetzige Vorgehen der Merisi gegen die Arbeiterorganisationen auf das Beste illustriert.

Das Sträuben der christlichen Gewerkschaftler gegen die „Berliner Quertreibereien“ hat deshalb wenig Sinn. Die christlichen Gewerkschaften, die sich an den Karren der Brotwucherer spannen ließen, werden auch die geringe Selbstständigkeit, die sie bisher besaßen, preisgeben müssen. Das kommt davon, wenn man Arbeiterpolitik nach der christlichen Elle mißt.

**Vierter Verbandstag des Holzarbeiterverbandes, abgehalten in Mainz vom 4. bis 10. Mai 1902.**

Die Eröffnung des Verbandstages erfolgte in der festlich geschmückten Stadthalle. Nach einem herzlichen Willkommensgruß des Kollegen Weiß eröffnete der Vorsitzende des Verbandes, Kollege Klotz, den Verbandstag. Die Mandatsprüfungskommission gibt bekannt, daß 84 Delegierte anwesend sind. Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt. Als auswärtiger Gast ist aus Oesterreich der Kollege Groß anwesend.

Als Vorsitzende werden gewählt die Kollegen Klotz und Glocke; als Schriftführer Matthies, Stubbe, Weiß und Otte; als Führer der Rednerliste Gerike und Hartung.

In herzlichen Worten übermittelt Kollege Groß aus Wien die Grüße der österreichischen Kollegen, er wünscht den Beratungen besten Erfolg. Begrüßungsschreiben liegen vor von den Bruderorganisationen aus Dänemark, Schweden, Norwegen, Italien, Belgien, Niederlande.

Tiefempfundene Nachrufe widmet Klotz den hervorragend thätig gewesenen, jetzt verstorbenen Kollegen Gzefat und Gramm. Der Verbandstag ehrt das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Kläfen. Hierauf werden eine Beerdigungs- und eine Klassenprüfungskommission gewählt.

Ueber eine Beschwerde aus Genua gegen die Mainzer Verwaltung, daß diese zu Ehren der Delegierten einige Veranstaltungen getroffen habe, für welche die Kosten hätten erspart werden können, wird zur Tagesordnung übergegangen.

Klotz erstattet hierauf den Bericht des Vorstandes und bemerkt zu dem Resultat der Abstimmung über die Arbeitslosenunterstützung: er bedauert, daß die Mehrheit für dieselbe eine sehr geringe ist, doch müsse dieselbe trotzdem als angenommen betrachtet werden. Anders mit dem Beitrag: hier könne nur der von 35 s in Betracht kommen, da nur ein sehr geringer Theil der 445 Stimmen, welche dem 40 Pfennig-Beitrag zugehört sind, sich unbedingt für denselben erklärt hätte.

Den Bericht des Ausschusses erstattet dessen Vorsitzender, Kollege Robert Schmidt. Er begrüßt, daß die Arbeitslosenunterstützung zur Annahme gelangte, warnt aber, die Wirkung derselben zu überschätzen, die Fluktuation wird nicht ganz aufzuheben. Mehr Gewicht müsse auf eine intensive mündliche Agitation verwandt werden. Ganz entschieden warnt er, die Rechte des Vorstandes bei Genehmigung und Verfassung von Streiks einzuschränken. Er wolle nicht sagen, daß der Vorstand immer das Richtige getroffen habe, sicher sei aber, daß die Orte, in denen Streiks stattfanden oder stattfinden sollten, nicht immer die Situation richtig aufgefaßt haben und dadurch Ungelegenheiten entstanden sind. Er hoffe, daß der Verbandstag Mittel und Wege finden werde, die Macht des Verbandes zu stärken, er bitte aber auch, daß jeder Einzelne in diesem Bestreben seine vollste Schuldigkeit thue.

Kerker-Siegnitz glaubt, daß die großen Orte bei Streiks bevorzugt werden und hält er es deshalb im Interesse der kleineren Zahlstellen für besser, wenn die großen Orte sich etwas Mäßigung auferlegen.

Brückner-Frankfurt verteidigt die Haltung des Gewerkschaftes bezüglich des Streiks in Kesterbach und findet es sonderbar, daß nicht auch ein gleicher Fall aus Darmstadt im Vorstandsbericht Erwähnung gefunden habe.

Simon-Augsburg will, um die Streikung der Mitglieder wegen Vertrauensbrüchen zu verhindern, die obligatorische Kasstrung der Beiträge und nachhaltiger Agitation; er hält es außerdem für vorteilhaft, wenn mit den Kirch-Dunkel-Jeden nicht, wie das besonders im Süden geschieht, gemeinsame Sache gemacht würde, mit Ausnahme vielleicht bei Lohnbewegungen.

Reier-Adersbach will, wie Kerker, eine größere Verantwortlichkeit der kleineren Zahlstellen, besonders bei Abwehrrufen.

Leumann-Hamburg glaubt, daß der Vorstand bei der Fülle von Streitigkeiten garricht im Stande ist, die Verhältnisse an all den Orten richtig prüfen oder beurteilen zu können.

In der Nachmittags-Sitzung spricht eine ganze Anzahl Redner, wie Schmidt, Gerike, Reiers, Brückner und Klotz, die mehr oder minder mit der Kritik des Vorstandes bei Streiks einverstanden sind. Gegen die Einwürfe einzelner Delegierten, als seien die kleineren Zahlstellen vom Verbande zurückgelassen worden, wendet sich Klotz. Er weist auf einer Verlesung nach, daß die kleineren Orte prozentual einen viel größeren Beitrag für Streiks verwendet haben als die Großstädte.

Leumann weist die Vorwürfe gegen den Vorstand zurück, daß er kein Mittel über die Streitigkeiten verhandelt und schließlich die kleineren Zahlstellen in die Verantwortung des Vorstandes in Frankfurt a. M. bezieht. Die kleineren Zahlstellen sind bedauerlich, daß zum letzten Male der Gewerkschaft keine schon öfter widerlegten

Behauptungen aufrecht erhalte und nicht zugeben wolle, daß er einen Fehler begangen habe.

Gaupp und Werner wollen eine Berücksichtigung der kleinen Zahlstellen.

Stubbe tabelt die Haltung des Vorstandes in Bezug auf den Bauanschlägerstreik in Hamburg. Hier habe es sich gezeigt, daß der Vorstand nicht immer die Situation richtig übersehe. Während in Hamburg der Gewerkschaft und die Verwaltung einheitlich der Meinung waren, daß die Forderung ohne oder ohne wesentlichen Kampf bewilligt würden, war der Vorstand gegenwärtiger Meinung und lehnte den Streik ab. Thatsächlich sei die Durchführung der Forderungen ohne Kampf möglich gewesen.

Schnabel-Halle rechtfertigt den Streik daselbst, ist aber im Uebrigen der Ansicht, daß dem Vorstande seine Rechte nicht beschränkt werden dürfen.

Schnegass ergänzt die Ausführungen Leipart's und weist einige Vorwürfe zurück.

In der Vormittags-Sitzung am zweiten Tage wendet sich zunächst Glocke-Berlin gegen die Vorwürfe, daß Berlin die Verbandskasse zu Ungunsten der kleinen Zahlstellen in Anspruch nehme. Zu der Kontrollbuchbewegung habe der Verband keinen Pfennig bezahlt, die Mittel seien aus der Lokal-kasse bestritten, und zwar durch Zahlung eines Extrabeitrages von wöchentlich 50 s. Man möge die Haltung der Berliner Kollegen immer von dem Gesichtspunkte aus beurtheilen, daß sie nie zum Schaden des Gesamtverbandes operirt hätten, sondern nur das Beste desselben getwollt hätten. Die Zentrale des Unternehmertums sei eben in Berlin und da gelte es, alle die Bestrebungen der Unternehmer, die auf eine Einmischung des Koalitionsrechts hinauslaufen, mit Entschiedenheit zu bekämpfen.

Rath-München rechtfertigt das Vorgehen der dortigen Kollegen beim Streik und tabelt, daß, wo der Vorstand noch im Besitze von 150 000 in Werthpapieren war, nicht schon früher ein Darlehen aufgenommen wurde, damit der Streik nicht immer weiter zurückgedrängt und ein günstiger Erfolg in Frage gestellt wurde.

Nach einigen Ergänzungen seitens einer Anzahl Delegierter tritt Schluß der Debatte ein.

Zum Punkt: „Maßregelung von Verbandsmitgliedern“, spricht zunächst Bergmann. Er theilt mit, daß in Schlesien nicht weniger als sechs Bevollmächtigte gemahregelt worden seien. In Ratibor sei ein Streik siegreich beendet aber der Leiter desselben gemahregelt worden. In diesem Falle habe der Vorstand den Kollegen Scholich entsprechend unterstützen müssen, damit er der Zahlstelle Ratibor erhalten blieb. Im Weiteren bittet er den Verbandstag, einen Beschluß zu fassen, die gemahregelten Kollegen höher als bisher zu unterstützen. Das Herz eines Gemahregelten müsse sich zusammenkämpfen, wenn dieselbe Organisation, für die er seine Existenz geopfert, seine ganze Kraft eingesetzt hat, ihn so ungenügend unterstützt.

Aus den Ausführungen einer großen Zahl Redner geht hervor, daß die Agitatoren mehr sozialpolitische und gewerkepolitische Thematika in den Versammlungen erörtern möchten. Andere sind gegen die allgemeinen Agitationstouren, weil der Versammlungsbefuch in der Woche Alles zu wünschen übrig lasse. Gegen höhere Gehälter der Gewerkschaften sprechen mehrere Delegierte; Andere sind hingegen der Ansicht, daß, wenn man tüchtige Kräfte für den Posten gewinnen will, man höhere Gehälter als bisher zahlen müsse. Während allgemein die Einkassierung der Beiträge empfohlen wird, um das Neptiren der Beiträge zu verhindern, gehen über die beste Art der Einkassierung die Meinungen auseinander.

Schöpflin-Chemnitz giebt eine Reihe Rathschläge, wie die Agitation methodisch betrieben werden kann und hätte erwartet, daß gerade der Kollege Leipart, der doch auf dem Gebiete der Agitation durch Herausgabe von Agitationsbroschüren Werthvolles geleistet, Anregung für die mündliche Agitation gegeben hätte; die Gewerkschaften müßten den einzelnen Verwaltungen vorschreiben, was ihrerseits bei Einberufung von Versammlungen zu beobachten sei. Nach dieser Richtung hin sei die Thätigkeit in den Gauen München und Mannheim vorbildlich.

Leipart bittet, mit der Bewilligung von Gemahregelunterstützung nicht zu willfährig zu sein, da sehr häufig Mißbrauch damit getrieben sei. Zur Agitation bemerke er, daß, so sehr er die Anregungen des Kollegen Schöpflin begrüße, er sich doch gegen die methodische Art der Agitation wenden müsse. Nach seiner Ansicht müsse mit den örtlichen Verhältnissen gerechnet und daraufhin das Material zugeschnitten werden. Redner bekämpft den Pessimismus, der sich sogar bei einzelnen Delegierten in Bezug auf die Erfolge allgemeiner Agitationstouren bemerkbar gemacht habe.

Hierauf trat Schluß der Debatte ein.

Zu den Punkten der Tagesordnung: „General-Kommission“, „Internationale Beziehungen“, „Polizeiliche Schwierigkeiten“, „Statistik und Lokalbeiträge“, wünscht Niemand das Wort. Bezüglich der Reklamationen werden mehrere Unregelmäßigkeiten der Verwaltungsbeamten gerügt und weiter monirt, daß der Vorstand einzelne Gesuche um Darlehen, u. A. zum Bau von Gewerkschaftshäusern, abgelehnt hat.

Rath-München will, daß Lokalbeitrag nicht mehr gegeben werden soll, thatsächlich werde mit dieser Unterstützung großer Unfug getrieben.

Auf eine Anfrage, wie sich der Vorstand der Bauarbeiter-Kassakommission gegenüber stellt, giebt dieser die Auskunft, daß er Beiträge an genannte Kommission zahle, sich aber gegen höhere Beiträge wenden müsse. Von vielen Seiten wird Klage über die polizeilichen Schikanen geführt. Gerathen wird, bürgerliche politische Vereine, die das thun, was den Arbeitervereinen verboten wird, ohne Weiteres bei der Staatsanwaltschaft zu denunziren, im Uebrigen aber gegen polizeiliche ungerechtfertigte Maßnahmen die Gerichte bis zur höchsten Instanz anzurufen.

Nach einigen unwesentlichen Einwürfen einzelner Redner fand Schluß der Diskussion statt.

Am Nachmittage des zweiten Verhandlungstages erstattete der Vorsitzende der Reklamationen, Kollege Jacobs, den Bericht über die „Holzarbeiter-Zeitung“.

Die Zahl der Diskussionsredner ist eine große. Die Diskussion dreht sich in der Hauptsache um die Stellungnahme des Redakteurs zum Glasarbeiterstreik. Die meisten Redner sind mit der Haltung der Zeitung und besonders mit der Stellungnahme zum Glasarbeiterstreik einverstanden.

Klotz vertritt seinen Standpunkt in einstündiger Rede und kommt zu dem Schluß, daß der Antrag des Gau's Dresden, ihm eine Mißbilligung auszusprechen, nicht angenommen werden könne.

Am dritten Verhandlungstage, Morgens, wird die Diskussion fortgesetzt. Leipart und Klotz begründen einen von Weder und Genossen gestellten Antrag, die Zeitung von Hamburg nach Stuttgart, Glocke einen Antrag, die Zeitung nach Berlin zu verlegen.

Die Abstimmung, welche eine namentliche ist, ergiebt die Ablehnung des Antrages Gau Dresden mit 69 gegen 13 Stimmen. Die Zeitung nach Berlin zu verlegen wird mit 62 gegen 22 Stimmen, die Verlegung nach Stuttgart mit 52 gegen 32 Stimmen abgelehnt.

Zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung nimmt Klotz das Wort und führt an der Hand statistischer Nachweise in längerer Rede aus, daß der Verband endlich an die definitive Verathung statutarischer Bestimmungen über die Arbeitslosenunterstützung herantreten könne. Er hoffe, daß keiner der Delegirten den Versuch machen werde, die Wichtigkeit der Urabstimmung anzuzweifeln. Sollte hier und da Mißstimmung über das Resultat vorhanden sein, möge man versuchen, dieselbe zu zerstreuen und mit Liebe und frischem Muth auch trotz des höheren Beitrages für die Ausbreitung des Verbandes eintreten.

Am vierten Verhandlungstage wird zunächst beschlossen, daß über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht diskutirt werden darf, da hierüber durch die Abstimmung entschieden ist; nur die Höhe des Beitrages soll Gegenstand der Diskussion sein.

Stubbe tritt dafür ein, daß der Beitrag von 40 s angenommen wird; er befürchtet, daß ein Mehr von 10 s nicht ausreicht und man fortdauernd eine Erhöhung des Beitrages beschließen müsse.

In der Generaldiskussion kommen die verschiedensten Ansichten zum Ausdruck. Von mehreren Rednern wird gewünscht, daß der Beitrag auf 40 s festzusetzen, dann aber auch die Bezugszeit für Arbeitslosenunterstützung auszu dehnen sei. Andere wollen, daß gleich vom ersten Tage ab Unterstützung gewährt werde. Die Streikunterstützung möge überall die gleiche Höhe sein; Gewerkschaften sollten überall dort ange stellt werden, wo organisationsfähige Kollegen in hinreichender Zahl vorhanden sind. Auch eine einheitliche Regelung des Lokalbeitrages an reisende Mitglieder wird gewünscht, und zwar vor allen Dingen, daß eine Karenzzeit von mindestens 13 Wochen zum Bezug des Lokalbeitrages notwendig sei. Wünsche, daß die kleineren Zahlstellen um großen Städtekomplexen zu einer Zahlstelle vereinigt werden, sind von mehreren Seiten geäußert.

Am fünften Verhandlungstage erstattet Robert Schmidt Bericht über die satigehabte Klassenrevision und konstatirt, daß die Klassenführung eine musterhafte sei. Die Revisionskommission ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Gehaltsverhältnisse der Beamten gleichfalls einer Revision unterzogen werden müssen. Die an die Angestellten bisher gezahlten Gehälter entsprechen nicht ihrer Arbeitsleistung und den an sie gestellten Anforderungen. Sie sind zu niedrig. Die Kommission beantragt daher, daß die Gehälter der vier Vorstandsmitglieder um 5 pro Monat erhöht werden, bis sie in sechs Jahren die Maximalhöhe von 2400 erreicht haben; das Maximalgehalt der Bureauarbeiter solle 2000 betragen. Ueber die Verjährung der Beamten schlägt die Kommission vor, die Stellungnahme des nächsten Gewerkschaftskongresses zu dem von der General-Kommission vorgeschlagenen Entwurf abzuwarten und dann dem Ausschuss die weitere Ausführung zu übertragen. Die Diskussion ist eine sehr rege; zum Theil wird für höhere als die beantragten Gehälter eingetreten. Die Abstimmung wird ausgeetzt, bis die beiden tagenden Kommissionen an derselben theilnehmen können.

Zum Punkt: „Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress“ macht Leipart die Mittheilung, daß die General-Kommission dem Kongress einen Antrag unterbreiten wird, der eine Erhöhung der Beiträge von 3 auf 4 s pro Quartal und Mitglied fordert zwecks Errichtung eines Reichsarbeitersekretariats zur Vertretung der verletzten versicherten Arbeiter vor dem Reichsversicherungsamt.

Mehrere Redner sind der Ansicht, daß das Reichsarbeitersekretariat nicht den Werth hat, wie angenommen wird; ganz besonders wird die Anstellung eines Juristen als Vertreter vor dem Reichsversicherungsamt nicht für zweckmäßig gehalten. Andere halten die Einrichtung des Instituts für nöthig, wollen aber, daß die Vertretung sich nur auf organisierte Mitglieder erstreckt. Auch bezüglich der Gewerkschafts-tabelle und des Tagesordnungspunktes des Gewerkschaftskongresses: „Submissionswesen“ werden mehrere Wünsche geäußert. Beschlossen wurde, daß, wenn eine Erhöhung des Beitrages an die General-Kommission nöthig sei, die Delegierten des Kongresses dafür stimmen sollen.

In der Nachmittags-Sitzung wurde dem Antrage der Revisionskommission, die Gehälter betreffend, zugestimmt. Beschlossen wurde weiter, daß die Arbeitszeit im Bureau nur acht Stunden täglich betragen solle.

Hierauf erstattet die Beschwerdef Kommission Bericht. Bezüglich des Streiks in Kassel wird getabelt, daß das Gewerkschafts-kartell daselbst den Vorstand vor ein Ultimatum gestellt habe, entweder den Gummidreherstreik bei Kidel & Co. zu genehmigen oder das Gewerkschaftskartell müsse sich das Eingreifen der Kartelle in seine Streiks ganz entschieden verbitten. Die Beschwerdef Kommission tabelt die Haltung des Vorstandes; daß er Darlehen zu Streiks gegeben und gewissermaßen die Streikführungen zu Kumpshocheritz in Bremen hat der Zahlstelle eine Schuldenlast von 36 500 aufgebürdet; es wird beantragt, diese Summe auf die Verbandskasse zu übernehmen, wenn die Mitglieder daselbst sich verpflichten, einen regelmäßigen Lokalbeitrag von 5 s zu erheben. In dem Sinne wird beschlossen.

In Hof ist der Streik nicht genehmigt, es ist aber trotzdem die zweite Woche Streikunterstützung gezahlt worden. Da die Funktionen des damaligen Streiks garnicht mehr am Orte sind und die gegenwärtige Leitung nichts von den Schulden weiß, wird beschlossen, die Schuld von 400 auf die Verbandskasse zu übernehmen. Ein Antrag der Zahlstelle Peine, der Verband solle eine Schuld von 250 übernehmen, wird abgelehnt. Eine Schuld der Zahlstelle Straßburg in Höhe von 175 wird übernommen; ebenso eine Schuld der Zahlstelle Remscheid in Höhe von 198. Ein Gesuch der



Zahlstelle Zimenau wird abgelehnt, weil schon die erste Woche Streikunterstützung gezahlt wurde. — Breslau beantragt, die noch verbliebene Schuld von M 2400 auf die Verbandskasse zu übertragen. Das wird gegen den Antrag der Kommission mit großer Mehrheit beschlossen. — Die Zahlstelle Krefeld beantragt, ihr gleichfalls die Schuld von M 100 zu erlassen, was abgelehnt wird.

Der Streit bei Kassel & Co. in Kassel war nicht genehmigt; die Zahlstelle hatte erklärt, daß sie nunmehr die eingehenden Beiträge nicht nach Stuttgart einsenden, sondern am Orte verwenden würde. Der Gauvorsteher, Kollege Weder, soll gelegentlich eines Auftrages des Verbandsvorstandes einen Ausdruck gebraucht haben, für den die Zahlstelle Kassel ihm eine Klage seitens des Verbandsrates zu erteilen bittet. Da sich die Wichtigkeit dieser Angelegenheit nicht feststellen ließ, wurde der Antrag abgelehnt. Ein weiterer Antrag der Zahlstelle Kassel: „Die Verbandskasse wolle eine Schuld vom Streit her in Höhe von M 1754 übernehmen“, wird abgelehnt. Die Kommission beantragt, der Zahlstelle Kassel M 1000 zu erlassen; der Antrag findet Annahme. Desgleichen wird durch Beschluß anerkannt, daß die Haltung des Vorstandes in Sachen des Kasseler Streiks eine durchaus korrekte war.

Ein Rechtschutzgesuch des Mitgliedes Jordan wird abgelehnt. — Die Zahlstelle München beantragt, ihr die Schulden vom letzten Streit in Höhe von M 7000 zu erlassen. Die Kommission beantragt Ablehnung und der Verbandstag beschließt demgemäß. — Ein Unterstützungsgeuch des Mitgliedes Winkel in W. wird dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen. — Das Mitglied Cohn in Gildesheim beantragt, ihm Gemäßregelunterstützung zu zahlen. Die Kommission beantragt, daß, wenn C. den Nachweis der Arbeitslosigkeit erbringt, ihm die Unterstützung gezahlt werden soll; demgemäß wird beschlossen. — Ein Mitglied W. in Nürnberg beantragt die Aufhebung seines Ausschlusses. Der Antrag wird abgelehnt. — Die Zahlstelle Peine beantragt, die vom Ausschuß nicht befähigte Ausschließung von Streikbrechern aufzuheben; die Kommission schließt sich dem Antrage an und der Verbandstag beschließt demgemäß.

Gegen die Wahlen der Kollegen Hrens und Glodt zum Gewerkschaftskongress ist Protest erhoben und die Ungültigkeitserklärung der Wahl beantragt. Die Kommission beantragt, die von der Mitglieder der Zahlstelle Berlin abgegebenen 835 Stimmen für ungültig zu erklären, sonst aber den Protest nicht für berechtigt zu halten. Dem Antrage wird zugestimmt.

Am sechsten Verhandlungstage wird über die Höhe der Diäten namentlich abgestimmt. Ueber den Antrag: „Die Diäten betragen M 12“, stimmen 65 Delegirte mit Ja und 20 mit Nein.

Der Sitz des Vorstandes bleibt in Stuttgart, der des Ausschusses in Berlin. — In den Vorstand werden die bisherigen Beamten einstimmig wiedergewählt.

Die erste Gehaltserhöhung soll ab 1. Juli d. J., die beschlossene Steigerung vom 1. Januar jedes folgenden Jahres gezahlt werden. Weiter werden den Verbandsbeamten, anstatt eine Woche wie bisher, zwei Wochen Urlaub gewährt.

Bezüglich der Maifeier (Gau Magdeburg) wird beschlossen, es mit der Feier bei dem bisherigen Modus zu belassen.

Hierauf erstattet die Statutenberathungs-Kommission Bericht. Zu den §§ 4 und 4b wird beschlossen, an die Hinterbliebenen lediger Kollegen eine Unterstützung von M 25 nach dreijähriger Karenzzeit zu zahlen. Zu § 4c wird folgender neuer Absatz eingefügt: „Unterstützung in anderen dringenden Nothfällen, in welche die Mitglieder ohne eigenes Verschulden gerathen.“

Ein Antrag Frankenhäuser: „Männliche Mitglieder unter 17 Jahren sind in der Höhe des Beitrags sowie des Eintrittsgeldes und der Unterstützungen den weiblichen Mitgliedern gleichzustellen“, wird abgelehnt.

Zu § 8 wird mit großer Mehrheit beschlossen: „Von der Streikunterstützung wird der Beitrag nicht in Abzug gebracht.“

Ein Antrag Hamburg: „Mitgliedern, welche bis zum 17. Lebensjahre oder vier Wochen nach beendeter Lehrzeit dem Verbandsverbande beitreten, kann nach zehnwöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung Reiseunterstützung gewährt werden“, wird abgelehnt.

Angenommen wird ein Antrag, daß solchen Mitgliedern, die noch nicht unterstützungsberahigt sind, Lokalgehälter nur dann gegeben werden soll, wenn sie sich in der Zahlstelle, in der sie ihre Beiträge bezahlen, vorschriftsmäßig abgemeldet und eine Karenzzeit von 13 Wochen hinter sich haben. Die Höhe der Gesamtunterstützung soll die Höhe der von ihnen gezahlten Gesamtbeiträge nicht übersteigen.

Abgelehnt wird ein Antrag, daß Einzelmitglieder ihre Beiträge nicht an den Verbandsvorstand, sondern an den Gauvorstand zu senden haben.

Bezüglich der Höhe des Prozentsatzes für die Lokalassen beantragt die Kommission 25 pSt. im Gegensatz zum Vorstande, der 22 pSt. beantragt. Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Zu § 28, Anstellung und Wahl der Gauvorsteher, liegt eine Anzahl Anträge vor. Beschlossen wird, daß die Anstellung der besoldeten Gauvorsteher durch Vorstand und Ausschuß zu erfolgen hat.

Bezüglich der Abhaltung von Gautagen und Berichterstattung von denselben wird beschlossen: „Die regelmäßig einzuberufenden Gautage haben alle zwei Jahre kurz vor dem Verbandstage stattzufinden. Falls außerordentliche Gautage notwendig sind, können solche nur mit Genehmigung des Hauptvorstandes stattfinden.“ — Ein Antrag Leipzig: „Wenn die Hälfte der Zahlstellen die Einberufung beantragt“, wird abgelehnt.

Beschlossen wird, daß das Anfangsgehalt für die besoldeten Gauvorsteher M 1800 pro Jahr betragen soll und bezüglich der Gehaltserhöhung die Sache wie für die Bureaubeamten gelten sollen.

Zu § 33 wird beantragt, den Vorstand zu ermächtigen, daß, wenn infolge gesetzlicher Maßnahmen eine Aenderung des Statuts sich notwendig macht, er solche vornehmen kann, ohne einen außerordentlichen Verbandstag einzuberufen. Der Antrag wird angenommen. Beschlossen wird, daß auf je 1000 Mitglieder ein Delegirter entfällt.

Mit 40 gegen 32 Stimmen werden alle Anträge abgelehnt, welche eine andere als die bisher übliche Wahlkreiseinteilung wollen. Beschlossen wird, daß Zahlstellen, welche

eine für sich abgeschlossene Wahlabtheilung bilden, ihre Delegirten mit relativer Mehrheit wählen können. In solchen Zahlstellen die Delegirten per Affirmation wählen zu dürfen, wird abgelehnt.

Ein Antrag (Simon-Augsburg): „Bei Urabstimmungen muß eine Zweidrittelmehrheit der Abstimmenden vorhanden sein“, wird abgelehnt.

Eine Resolution Köstke's, welche eine Vereinfachung der Berichterstattung an die „Holzarbeiter-Zeitung“ wünscht, wird einstimmig angenommen.

Zur Arbeitslosenunterstützung berichtet Schöpflin über die Beschlüsse der Kommission. Dieselbe schlägt vor, mit der Beitragserhöhung erst am 1. April des Jahres 1903 und mit der Auszahlung am 1. Januar 1904 zu beginnen. Trotz der vielen Einwendungen gegen diese Ansicht wird doch im Sinne der Kommission beschlossen. Im Weiteren werden die vom Vorstande vorgeschlagenen Bestimmungen zur Arbeitslosenunterstützung ohne wesentliche Einschränkungen angenommen.

Der Verbandstag im Jahre 1904 soll in Leipzig stattfinden.

Der Vorsitzende giebt einen kurzen Rückblick auf die Verhandlungen und schließt mit dem Wunsche, daß die Delegirten in ihrer Heimath trotz ihrer theilweisen Gegnerschaft gegen die Arbeitslosenunterstützung doch Alles thun möchten, um die Beschlüsse in dieser bedeutsamen Frage zur segensreichen Durchführung zu bringen, mit einem dreifachen Hoch auf das Gedeihen des Holzarbeiterverbandes den vierten Verbandstag.

**Arbeiterschutz- und Arbeiterwohlfahrts-einrichtungen in der Holzbearbeitungsindustrie.**

Vortrag des Herrn Gewerbe-Inspektor-Assistenten Abelsdorff, gehalten am 29. April 1902 in der Mitgliederversammlung der Zahlstelle Hamburg des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Wohl auf keinem Gebiete haben Staat und Gesellschaft größere Pflichten zu erfüllen, wie auf dem der Gewerbehygiene und Unfallverhütung und zwar wächst diese Pflicht im direktem Verhältnisse zur Schwere und Gefährlichkeit der Betriebe.

Die steigende Nutzenanwendung des Holzes auf den verschiedensten Gebieten der Industrie und die daraus hervorgehende immer wachsende Benutzung der Holzbearbeitungsmaschinen auch in kleinen und kleinsten Betrieben steigert naturgemäß die Unfälle an diesen so gefährlichen Maschinen und die Gewerbeaufsichtsbeamten haben daher vor Allem den Kreissägen, ferner den Handsägen, Abriecht- und Fraismaschinen und den für diese Maschinen vorhandenen Schutzeinrichtungen ihr besonderes Interesse stets zugewandt.

Der § 120a der G.-O. giebt ausreichende Handhabe, alle in Frage kommenden Schutzvorschriften vorzuschreiben. Derselbe lautet:

Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet.

Insbesondere ist für genügendes Licht, ausreichenden Luftraum und Luftwechsel, Beseitigung des beim Betriebe entstehenden Staubes, der dabei entwickelten Dünste und Gase, sowie der dabei entstehenden Abfälle Sorge zu tragen.

Ebenso sind diejenigen Vorrichtungen herzustellen, welche zum Schutze der Arbeiter gegen gefährliche Berührungen mit Maschinen oder Maschinenteilen, oder gegen andere in der Natur der Betriebsstätte oder des Betriebes liegende Gefahren, namentlich auch gegen die Gefahren, welche aus Fabrikbränden erwachsen können, erforderlich sind.

Endlich sind diejenigen Vorschriften über die Ordnung des Betriebes und das Verhalten der Arbeiter zu erlassen, welche zur Sicherung eines gefahrlosen Betriebes erforderlich sind.

Ehe ich auf die soeben genannten Maschinen und ihre Schutzeinrichtungen näher eingehe, gestatten Sie mir kurz, Ihnen ein Bild von den seit 1896 im hamburgischen Staatsgebiet zur Kenntniß der Gewerbe-Inspektion gelangten Unfällen zu geben:

	1896	1897	1898	1899	1900	1901
Kreissägen.....	33	34	42	33	34	46
Handsägen.....	8	14	10	9	9	8
Abriechtmaschinen...	17	10	27	16	24	12

Für die Unfälle an Fraismaschinen fehlen leider die statistischen Angaben. Nach der vom Reichsversicherungsamt bearbeiteten Unfallstatistik ereigneten sich 1897 allein an Kreissägen 1188 entschädigungspflichtige Unfälle, von denen 25 den Tod zur Folge hatten.

Ueber die Veranlassung der Unfälle macht die Statistik folgende Angaben: Es wurden herbeigeführt:

230 Unfälle durch Abgleiten mit der Hand vom Arbeitsstück;
54 " " Ausgleiten auf dem Fußboden;
204 " " das Zurückschlagen des Arbeitsstückes beim Sägen;
10 " " Erfasstwerden der Kleider;
8 " " Spielerei, Neckerei, Leichtsin;
624 " " sonstige oder nicht ermittelte Ursachen.

Die durch das Zurückschlagen der Arbeitsstücke herbeigeführten Unfälle sind besonders schwer, da sie nicht selten den Tod zur Folge haben; aber auch andere Unfälle an diesen so gefährlichen Maschinen haben oft die dauernde Erwerbsunfähigkeit des Verletzten zur Folge.

Bevor die verschiedenen Apparate und Vorrichtungen zur Verhütung der zahlreichen bei Kreissägen vorkommenden Unfälle hier besprochen werden, ist es geboten, die zu ihrer Einrichtung und dem Unterhalt dieser Maschinen erforderlichen Bedingungen näher zu betrachten. Nur bei Kreissägen mit zweckentsprechenden Betriebsvorrichtungen kann man sicher sein, daß die angebrachten Schutzvorrichtungen für den Arbeiter von wahrhaftem Nutzen sind und nicht neue Gefahren für denselben hervorbringen.

Kreissägen sollen in hellen, von den anderen Werkstätten möglichst abgeordneten Räumen aufgestellt sein. Die Durchgänge zwischen den Maschinen, der Fußboden in der Nähe des Sägetisches sollen von umherliegenden Gegenständen befreit sein, um die Arbeiter an den Bewegungen nicht zu hindern und vor Sturz zu bewahren. Der Sägetisch soll eben, glatt, von solider Konstruktion und an einem festen Fußboden angebracht

sein, wodurch das während der Arbeit gefährliche Vibrieren des Tisches und des Sägetisches vermieden wird. Die Höhe des Tisches über dem Boden soll durch die Art der Arbeit bestimmt, der Größe des Arbeiters angemessen und desto größer sein, als der Tisch weniger lang ist; durchschnittlich nimmt man eine Höhe von 0,85 m für Tische von 1 bis 4 m Länge an. Die Arbeiter sollen weber Schürzen noch Holzschuhe tragen; im Winter, wenn die Hände vor Kälte steif werden, sollen sie eher die Arbeit einstellen als Handschuhe tragen, da letztere ihnen die während der Arbeit notwendige Sicherheit versagen. Anliegende Kleidung mit engen, geschlossenen Ärmeln ist unentbehrlich. Der Gebrauch der Säge ist Personen, welche nicht gewöhnlich daran beschäftigt sind, zu untersagen. Es ist von Wichtigkeit, daß der Anstrücker den Riemen von der Los- auf die Festseite nur durch eine besondere Vorrichtung des Arbeiters beschleife. Von größter Wichtigkeit ist ein gutes Schmieren der Losscheibe, der Wellenlager usw. zu unterhalten.

Die Verwundungen werden erzeugt  
a) durch direkte Berührung mit der Verzahnung der Säge;  
b) durch Schleudern von Holzspaltern, von Stücken des Sägetisches oder des Arbeitsstückes selbst.

Um die Unfälle durch Berührung mit der Verzahnung der Säge unter dem Tische zu verhüten, z. B. beim Begnehten von Sägemehl, verdeckt man das Blatt mittelst Brettern oder Lehren aus Holz oder Blech, welche tiefer reichen als das größte anzuwendende Sägetblatt. Ist die Säge auf beiden Seiten erreichbar, so verwendet man zwei Bretter. Durch Benutzung einer vollständig geschlossenen Kiste, in welche das Sägemehl fällt, vermeidet man den besonders in kleinen Arbeitsräumen schädlichen Staub.

Je nach der speziellen Verwendung der Kreissägen sind von den Aufsichtsbehörden besondere Schutzvorrichtungen vorgeschrieben. Für die meisten Kreissägen ist als die beste Schutzvorrichtung der Spalt- oder Schutzkeil bekannt. Er ist dazu bestimmt, das Holz daran zu verhindern, sich hinter dem Sägetblatte zusammen zu klemmen und daher das Zurückschleudern zu vermeiden. Da der Spaltkeil vielfach unrichtig hergestellt und gehandhabt wird, so muß auf folgende Punkte geachtet werden. Ein richtiger Spaltkeil muß circa 3 mm dünner als der Schnitt der Säge und aus gehärtetem Stahl hergestellt sein. Der Spaltkeil muß unbedingt die hinteren Zähne des Sägetblattes stets dicht umschließen, sonst ist derselbe als Schutzvorrichtung unbrauchbar. Für Scheiben von 400 bis 600 mm Durchmesser variiert die Länge des Keiles in der Ebene des Tisches zwischen 90 und 180 mm bei einer Dicke von 2 bis 5 mm. Die Höhe über dem Tische wird gewöhnlich größer genommen, als die Dicke des zu sägenden Holzes. Der Spaltkeil muß leicht nach oben und unten zu verstellen sein und daher einen senkrechten Schlit haben, damit er für Sägetblätter verschiedenen Durchmessers paßt. Um die seitliche Verstellung des Spaltkeiles zu ermöglichen, muß der Befestigungswinkel auch mit einem horizontalen Schlit versehen sein.

Verstellbarer Spaltkeil mit selbstthätiger Arretierung. Es gab bis jetzt noch keinen Spaltkeil, der sich zwischen Sägen zwangsläufig bewegt und verstellbar ist, sich außerdem in jeder Stellung selbstthätig feststellt und sich, ohne daß eine Schraube gelöst wird, in seiner Stellung verändern ließ. Dadurch, daß sich dieses Verstellen ohne jede weitere Anstrengung schnell bewirken läßt, werden weniger Unfälle vorkommen, außerdem Zeit und Mühe gespart. Die Handhabung ist eine sehr einfache. Ist eine kleine Kreissäge eingeseht, so schiebt man den Spaltkeil nach derselben hin, wird ein großes Sägetblatt eingeseht, so drückt man einen Sperrkegel, welcher sich in eine Zahnstange einlegt, nieder und schiebt den Spaltkeil zurück. Der Sperrkegel wird durch eine Feder stets nach oben gedrückt, infolgedessen kann derselbe nicht aus der Zahnstange heraus.

Schutzhauben: Die Verdeckung des Sägetblattes von oben muß dem Zwecke der Kreissäge angepaßt sein. Für kleinere Sägetblätter bis zu circa 400 mm Durchmesser bewährt sich im Allgemeinen eine Deckfläche am Spaltkeil. Die Deckfläche aus Holz oder Blech umschließt oben die Sägezähne und ist um einen Bolzen drehbar, damit sie für größere oder kleinere Sägetblätter eingestellt werden kann. Für größere Sägetblätter, über 400 mm Durchmesser, sind im Allgemeinen Schutzhauben empfehlenswerth. Eine Schutzhaube muß folgende Bedingungen erfüllen:

1. Der Arbeiter soll den Angriffspunkt der Verzahnung sehen und dem Sägeschnitt folgen können.
2. Die Schutzhaube soll so befestigt werden, daß der Tisch soweit als möglich frei bleibt, um die Arbeit nicht zu hindern.
3. Sie soll einem Drucke der Länge oder der Breite nach gehörig widerstehen.
4. Sie soll dem Arbeiter gestatten, beinahe fortwährend arbeiten zu können, ohne nöthig zu haben, dieselbe in die Höhe zu schieben oder ganz zu entfernen.

Man hat feste Schutzhauben, mit der Hand verstellbare Schutzhauben und Hauben mit automatischer Emborhebung, letztere haben sich zur Verhütung von Unfällen wenig brauchbar erwiesen.

Empfehlenswerth sind Schutzhauben, die an einer Stange befestigt, in Führungen eines an der Wand oder Decke befestigten Trägers sich senkrecht verschieben lassen. Zur leichteren Verschiebung hängt die Schutzhaube an einem Seil, das über eine obere Rolle geführt ist und am Ende ein Gewicht trägt zur Ausgleichung, damit die Schutzhaube in jeder Höhenstellung stehen bleibt. Die Seitenwände der Schutzhaube werden vortheilhaft aus Drahtgeflecht hergestellt. (Schluß folgt.)

**Industrie- und Gewerbe-Ausstellung für Rheinland-Westfalen.**

II.  
e. Düsseldorf, 4. Mai.  
Im Juli 1837 wurde in Düsseldorf eine Ausstellung von Industrie-Erzeugnissen des Regierungsbezirks Düsseldorf eröffnet. In den Zeitungen der damaligen Zeit findet sich über dieses Ereigniß nichts weiter als die bloße Bekanntmachung des Tages der Eröffnung, des Ortes der Ausstellung (Saal des Casinos) und des Eintrittsgeldes (2½ Silbergroschen die Person).

Knapp zehn Jahre später, also gerade vor einem halben Jahrhundert, hatte Düsseldorf wiederum eine Industrie-Ausstellung, diesmal für die beiden Provinzen Rheinland-

\*) Spaltkeil von C. Bilz in Raabegast.



und Westfalen. Die Zeitungen der Stadt und die größeren des Ausstellungsgeländes bringen bereits längere und fortlaufende Schilderungen über die Ausstellung, die im Stadthaus, einem neuangelegten Flügel des Schlosses, stattfand. Wie die „Düsseldorfer Zeitung“ verkündete, nahmen die Anmeldungen einen Umfang an, der die Errichtung eines großen mit Glas bedeckten Anbaues notwendig machte. Mit unverkennbarer Achtung vor der gewaltigen Summe wird hervorgehoben, daß dieser Anbau allein den Betrag von 3000 Thalern erfordert, und mit nicht geringer Genauigkeit wird bezeichnet, daß damit der Ausstellung eine Grundfläche von 30 000 Quadratfuß zur Verfügung steht. „Die geistige Einnahme an der Messe — so meldet die „Düsseldorfer Zeitung“ unterm 25. August — betrug nicht weniger als 523 Thaler.“ — „Heute wurden 3300 Biletts verkauft und besuchten fast 5000 Personen die Ausstellung“, heißt es unterm 26. September, und als Schlussergebnis wird mitgeteilt, daß die Gesamtsumme der Besucher während der Dauer der Ausstellung nur wenig unter 60 000 zurückblieb und ein Ueberschuß von 3000 Thalern zu verzeichnen war.

Im Jahre 1880 fand abermals in Düsseldorf eine Ausstellung ebenfalls für die beiden Rheinprovinzen im Westen Deutschlands statt. Diesmal reichte ein vorhandenes Gebäude schon nicht mehr. Der Zoologische Garten diente als Ausstellungsterrain, das einen Umfang von 17 Hektar hatte. Die Gesamtbaukosten beliefen sich auf M 533 439, die Gesamtkosten der Ausstellung auf M 2 002 266; es ergab sich ein Ueberschuß von M 261 000.

Für die jetzige Ausstellung ist das Terrain zum Theil erst neu gewonnen worden, nämlich durch Vorschubung des Rheinflusses um 30 Meter und Aufhöhung der sogenannten Goldheimer Insel, wofür die Stadt einen Betrag von vier Millionen Mark bewilligt hat. Insgesamt hat das Ausstellungsgelände einen Umfang von 70 Hektar, das ist das Vierfache des Umfanges der vorigen Ausstellung. In Bezug auf die Lage und den landschaftlichen Reiz kann sich die Ausstellung schon sehen lassen. Ein Theil des Hofgartens, der alten mit wundervollen Natur Schönheiten ausgestatteten Parkanlage der Stadt Düsseldorf, ist in die Ausstellung einbezogen, und vergewaltigt man sich, daß man sich am Rhein befindet, der nicht nur viel breiter, sondern auch viel sauberer als die Seine ist, dann darf man die Düsseldorfer Ausstellung was günstige Lage und landschaftliche Ausstattung betrifft, getrost neben die Pariser Weltausstellung setzen.

Es ist das Schicksal aller Ausstellungen, bei der Eröffnung nicht fertig zu sein. Auch die Düsseldorfer Ausstellung fügt sich diesem Verhängnis. Sie ist unfertig an allen Ecken und Enden; draußen wird in den Anlagen noch geschäftet und in den Gebäuden hämmert und feilt, wie in einer Werkstatt; der an manchen Stellen noch ungedeckte Fußboden bereitet allerlei Hindernisse und die fürchterliche Warnung: „Frisch gestrichen!“ jagt den Besucher aus aller Ruhe und Stimmung. Unter diesen Umständen kommt die gegenwärtige Ungunst des Wetters nicht in Betracht. Es ist vielleicht gut so. Mancher, der im Vertrauen auf die Versprechungen der Ausstellungsleitung die Ausstellung besucht hätte, wird so abgehalten, sein Geld für den Besuch eines unfertigen und unvollkommenen Schaupiels auszugeben. Leid thut Einem nur die Kellner, die draußen in den Restaurants herumfahren und vergeblich auf Gäste und Trinkgelder warten, und erst recht leid thut Einem in dem Alpenpanorama die Pillerthalerrinnen, sie rühren, wenn nicht durch den Schmelz ihrer Lieder, so doch durch die Anstrengungen, die sie machen, um sich gegen die Kälte zu schützen und ihre wenigen Zuhörer länger als ein Glas Bier in den Banen ihrer Töne zu zwingen.

Ist nun auch die Ausstellung in vielen Einzelheiten noch nicht fertig, so lohnt sich doch ein Rundgang zur Gewinnung einer Uebersicht über das Ganze. Die Ausstellung hat außer einer Anzahl privater Ausstellungsgebäude, auf die wir nachher zurückkommen, drei allgemeine Ausstellungsgebäude: die Industriehalle, die Maschinenhalle und den Kunstpalast. Von den ganzen Gerichten der Ausstellung ist der Kunstpalast allein vor der Vergänglichkeitsgefahr geschützt; er bleibt der Stadt erhalten, die ihn als dauernden Ausstellungsraum bestimmt hat. Gegenwärtig dient er der mit der Industriehalle verbundenen deutsch-nationalen Kunstausstellung — über die zu berichten ein Schlussartikel dienen soll — als Unterkunft.

Der belebende Mittelpunkt der ganzen Ausstellung, gleichsam ihr Herz, ist die Maschinenhalle, die bei einer Länge von 280 und einer Breite von 52 Meter eine Grundfläche von 14 500 Quadratmetern bedeckt. Drei Laufbahnen von je 30 000 Kilogramm Tragfähigkeit bewegen sich in der Mittelhalle, wo die schweren Maschinen aufgestellt sind, und zehn Laufbahnen von 10—15 000 Kilogramm Tragfähigkeit sind in den beiden Seitenhallen untergebracht. Insgesamt finden sich in der Maschinenhalle 26 Dampfmaschinen mit über 12 000 Pferdekräften oder über 7000 KW im Betrieb; zur Verfertigung mit Dampf dienen in der Hauptkesselanlage 16 Kessel verschiedener Systeme mit zusammen 3550 Quadratmeter Heizfläche und 250 Quadratmeter Ueberhitzerfläche; eine zweite Dampfanlage mit drei Cornwellkesseln von 300 Quadratmeter Heizfläche, die zur Verfertigung der im hinteren Theil der Maschinenhalle untergebrachten Walzenzugmaschine, der Kompressoren und Dampfhammer.

Die Industriehalle, das Hauptausstellungsgebäude, liegt in der Mitte des Langgestreckten, nach dem Laufe des Rheines anschließenden Ausstellungsgeländes. Sie ist ein ansehnlicher und prächtig wirkender Bau mit einer Länge von 120 und einer Reichweite von 50 Metern. Der in der Mitte aufragende Kuppelbau erhebt sich zu einer Höhe von 60 Meter. In der Industriehalle wird, soweit sie nicht in Sonderausstellungen zur Darstellung kommt, die rheinisch-westfälische Industrie in 25 Gruppen ihre Erzeugnisse ausstellen. Betreten wir die große Halle beim Eingange an dem Salinenparken, so begegnen wir zunächst dem Hüttenwesen, dann folgen die Metallindustrie, zur Linken Maschinenwesen und Elektrotechnik, wofür die Halle bestimmt ist, zur Rechten Kunstgewerbe; hinter der Kuppel ist das Kunstgewerbe untergebracht; jenseits der Kuppel schließen sich an: Holzindustrie, Porzellan, Glas, Steinwaaren, Textilindustrie, Galanterie und Kunstwaaren, Bekleidungsindustrie, Nahrungsmittel, Leder, Gummiwaaren und am äußersten Ende der Halle Transportmittel und Gewerbe.

Die Zahl der Aussteller ist geringer als im Jahre 1880; nachdem die jetzige Ausstellung etwas größer ist als die von 1880, während aber damals auf den Aussteller 7 Quadrat-

meter Grundfläche kamen, hat er jetzt deren 40 zur Verfügung. Damals stand das Kleinergewerbe und das Handwerk noch mehr im Vordergrund, heute beherrscht die Großindustrie das wirtschaftliche Leben wie die Ausstellungen. Die bedeutendsten Vertreter der rheinisch-westfälischen Industrie haben ihre eigenen Ausstellungsgebäude errichtet. Da ist zunächst Herr Krupp, der in einem hohen, mit den vergoldeten Abzeichen seiner Fabrikate geschmückten Bau den Ruhm seiner Firma verkünden läßt. Was er in seiner Gießfabrik in Essen, im Grusonwerk in Magdeburg, auf der Germania-Werke in Kiel, in seinen zahlreichen Eisenhütten, Stöhlen- und Erzgruben erzeugt, besser gesagt: durch sein halbhuunderttausend Mann starkes Arbeiterheer erzeugen läßt, das findet hier Ausstellung. An Krupp, der gleich am Haupteingang der Ausstellung die „Via Triumphalis der rheinisch-westfälischen Großindustrie“ eröffnet, schließt sich der Pavillon der Köln-Rottweiler Pulverfabriken; es folgt der Förder Bergwerks- und Hüttenverein (5000 Arbeiter), der Bochumer Verein für Bergbau und Gießhüttenfabrikation (7500 Arbeiter), die Rheinische Metallwaaren- und Maschinenfabrik (6200 Arbeiter), die vereinigten Waggon- und Lokomotivfabriken, und als stärkste Organisation: der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, dem 106 Bergwerksunternehmungen mit 60 Millionen Tonnen Förderung und 240 000 Mann Belegschaft angeschlossen sind.

Es versteht sich, daß diese Riesenunternehmen auch ein ihrer wirtschaftlichen Macht entsprechendes Stück politischer Macht repräsentieren. Sie sind nicht nur in ihren Betrieben die Herren im Hause, sondern auch im politischen Leben die Herren im Staate, die Gebieter in den Regierungen, nach deren Pfeife die Minister tanzen müssen. Wirtschaftlich die Vertreter des absoluten Herrenthums, sind sie politisch als die Scharfmacher bekannt, die Feinde jeder Arbeiterbewegung, wofür sie gegen die unbeschränkte Herrschaft der Profitmacherei sich aufzulehnen wagt. Man mag die Bedeutung der rheinisch-westfälischen Großindustriellen für den Bestand unseres wirtschaftlichen Lebens so niedrig einschätzen wie man will, eins sollten sich die Arbeiter an ihnen zum Muster nehmen: ihre Solidarität und ihre Rücksichtslosigkeit in der Verfechtung ihrer Interessen. Ein Krupp gebietet über ein halbes Hunderttausend Arbeiter, eine Handvoll Bergwerksbesitzer über eine Viertel Million Bergleute. Warum? Weil die Arbeiter der Solidarität der Unternehmer nichts als die Ohnmacht der unorganisierten Menge, der Rücksichtslosigkeit der Industriellen nichts als thatenlose Gleichgültigkeit oder fruchtloses Murren entgegenzusetzen wissen. So kommt es, daß die Düsseldorfer Ausstellung ein Fest der Plus- und Scharfmacher ist, während es, wenn das Proletariat seine Aufgabe und seine Macht begriffen hätte, ein Fest der Arbeiter sein würde!

Rundschau.

**Gewerbliche Anmeldepflicht der Arbeitersekretariate.** Das Oberlandesgericht hat nun doch trotz der Versicherungen des Reichsamtes des Innern und der preussischen Minister der Justiz und des Innern im Reichstage, daß der ehemalige Erklärung im Reichstage zufolge eine Anwendung des § 35 der Gewerbeordnung nicht stattfinden werde, die Revision des Arbeitersekretärs Dr. Winter gegen seine Verurtheilung wegen Nichtanmeldung des Sekretariats verworfen.

Der Gerichtshof begründete die Verwerfung der Revision folgendermaßen: Die Sache liege ganz ebenso, wie beim ersten Strafverfahren, und im vorliegenden Falle sei der Begriff der **Gewerblichkeit** vom Vorderrichter noch entschieden und klar festgestellt worden, als beim ersten Mal. Allerdings müsse man die geschäftliche und die gewerksmäßige Seite des Betriebes des Arbeitersekretariats scharf scheiden. Die geschäftliche Seite sei die Gewährung von Rechtsanhilfe an Arbeiter, und auf diese allein habe sich die Aeußerung des Grafen Potjomski bezogen. Von der gewerblichen Seite aber habe kein Vertreter der Regierung etwas gesagt, weder bei der Beratung der Gesetzesbestimmung, noch bei Erhebung der Interpellation. Was die geschäftliche Seite betreffe, so möge es richtig sein, daß in dieser Beziehung den Arbeitersekretariaten durch die Gesetzgebung kein Hinderniß habe bereitet werden sollen. Die gewerbliche Seite dieser Unternehmungen sei aber etwas ganz Anderes; wenn der Vorderrichter ohne Rechtsirrtum die Gewerblichkeit als vorhanden feststelle, sei der Senat daran gebunden, und da der Senat einen solchen Rechtsirrtum in dem Urtheil nicht finde, müsse er es als Thatfache annehmen, daß das Deutheuer Arbeitersekretariat auch **gewerblich** thätig sei. Auch eine Verletzung des Begriffs des Gewerbetreibenden liege nicht vor, denn der Angeklagte sei Leiter des Betriebes.

Wenn die Verfügung des Justizministers den Staatsanwälten nicht die Verfolgung der Arbeitersekretariate unmöglich gemacht hätte, würden nach der Rechtsauffassung des Breslauer Oberlandesgerichts alle Arbeitersekretariate der polizeilichen Anmeldepflicht und Kontrolle unterworfen werden können, trotz der ungewissen Erklärungen Potjomski's.

**Die Gewährung eines Zuschusses von M. 1000 zu den Kosten des Arbeitersekretariats** lehnte der Magistrat zu Frankfurt a. M. ab. Genosse Quard hatte im Stadterordnetenkollegium diesen Zuschuß beantragt, und das Kollegium hatte den Antrag zur Prüfung dem Magistrat überwiesen. In der Antwort wird gesagt, die Arbeiterchaft hätte das Sekretariat zur Förderung ihrer Klasseninteressen schaffen wollen, das sei ausdrücklich im Jahresbericht für 1898 gesagt und deshalb müsse die städtische Subventionierung abgelehnt werden. Selbst die „Frankfurter Zeitung“ billigt diese Stellung des Magistrates nicht und spricht die Erwartung aus, daß sich die Mehrzahl der Stadterordneten dem entgegenstehenden Rat des Magistrates nicht anschließen.

Die Aufschlagskommission des Arbeitersekretariats hat sich nun in einer erneuten Eingabe an das Stadterordnetenkollegium gegen die Begründung des ablehrenden Beschlusses des Magistrates gewandt. Gegenüber der Anschauung des Magistrates, daß das Sekretariat der Neutralität entbehre und der Förderung gewerkschaftlicher Interessen und der Klasseninteressen eine Partei diene, wird, wie die „Volksstimme“ berichtet, in der Eingabe betont, die **Neutralität** des Instituts ergehe sich wohl am besten aus der Thatfache, daß das Verhältniß der organisierten und unorganisierten Arbeiter in den letzten drei Jahren 7256 : 6820, 9454 : 11 802,

11 546 : 12 701 betrug. Ferner sei das **Gewerkschafts-kartell** eine Vertretung der unpolitischen Gewerkschaften, die überhaupt erst die Gründung des Institutes ermöglicht hätten, und es sei daher selbstverständlich, daß dem Kartell ein gewisser Einfluß in der Aufsichtskommission zustehen. Gemeinsame Verwaltung und gemeinsame Jahresberichte entsprängen aus Zweckmäßigkeitsgründen und hätten mit Parteipolitik nichts zu thun. Das Sekretariat hofft aus diesen und anderen Gründen, daß die Stadterordnetenversammlung die Unterstützung des gemeinnützigen Institutes beschließen werde.

**Der Beirath für Arbeiterstatistik**, der an Stelle der Kommission für Arbeiterstatistik treten und der arbeitsstatistischen Abtheilung des Kaiserlichen statistischen Amtes beigegeben werden soll, wird nach den vom Reichskanzler dem Reichstage übermittelten Bestimmungen folgende Aufgaben zu erfüllen haben: er hat 1. auf Anordnung des Bundesrathes oder des Reichskanzlers (Reichsamt des Innern) die Vornahme arbeitsstatistischer Erhebungen, ihre Durchführung und Verarbeitung sowie ihre Ergebnisse zu begutachten; 2. in Fällen, in denen es zur Ergänzung des statistischen Materials erforderlich erscheint, Kunstverständigen zu vernehmen; 3. dem Reichskanzler (Reichsamt des Innern) Vorschläge für die Vornahme oder Durchführung arbeitsstatistischer Erhebungen zu unterbreiten. Der Beirath besteht aus einem Vorsitzenden und vierzehn Mitgliedern, von denen sieben der Bundesrath und sieben der Reichstag wählt. Die Wahlen erfolgen für die Dauer jeder Legislaturperiode. Der Beirath ist befugt, zu seinen Sitzungen Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl als Beisitzer mit beratender Stimme zuzuziehen. Die Zuziehung muß erfolgen, wenn sie vom Bundesrath oder vom Reichskanzler (Reichsamt des Innern) angeordnet oder von sechs Mitgliedern des Beiraths beantragt wird. Der Reichskanzler (Reichsamt des Innern) sowie die Landesregierungen sind befugt, zu den Sitzungen des Beiraths und der Ausschüsse Vertreter zu entsenden, welche jederzeit gehört werden müssen. Die Vertreter sind dem Vorsitzenden namhaft zu machen. Als Mitglieder des Bundesrathes und des Reichstages werden, wie verlautet, in den Beirath in erster Linie diejenigen Herren gewählt werden, welche bereits der arbeitsstatistischen Kommission angehört haben.

Von der arbeitsstatistischen Abtheilung des statistischen Amtes bis zum Arbeitsamt, und von dem Beirath für Arbeiterstatistik bis zur Arbeitskammer ist noch ein recht weiter Weg.

**Ueber Verschwendung von Arbeitergroßen** durch kostspielige Gewerkschaften wird in der bürgerlichen Presse so oft gezeiert. Die Verwaltungen in Gewerkschaften verschlingen die ganzen Einnahmen, wird dem staunenden Spiehbürger und den indifferenten Arbeitern in hundert verschiedenen Variationen vorgesagt. So oft derartige Märchen auch von der Parteipresse widerlegt werden, stets werden sie wieder aufgewärmt.

Wie „niedrig“ nun die Verwaltungskosten in den Berufsorganisationen der Handwerker sind, beweist der Etat der Handwerkskammer des Bezirkes Düsseldorf vom Jahre 1902, der uns dieser Tage in die Hände fiel. Er balanzirt in Einnahme und Ausgabe mit M 88 990, von welcher Summe für „Hebung“ des Handwerks, was doch der Zweck der Handwerkskammern sein soll, nur einige M 100 ausgegeben werden. Der ganze Etat setzt sich fast nur aus Gehältern, Reiseentschädigungen, Repräsentationsgeldern, Diäten und Vergütungen zusammen. Allein die sieben Handwerksmeister, die die Kosten von Vorsitzenden der Abtheilungen oder der Kammer im Ehrenamte versehen, beziehen an den Diäten, Vergütungen und Repräsentationsgeldern M 17 600. Dann kommt eine Anzahl von Beamten, die Gehälter von M 3000 bis M 4800 beziehen. Für persönlichen Dienstaufwand werden dann noch einige Tausend Mark vorgezogen, so daß, wie bemerkt, nachdem noch die sachlichen Ausgaben in Abzug gebracht sind, thatsächlich nur einige Hundert Mark für Meisterkurse und Lehrlingsausbildung übrig bleiben!

**Das Syndikatswesen** gewinnt auch in Deutschland immer mehr an Bedeutung. Binnen wenigen Jahren sind in Deutschland 300 Syndikate, Kartelle und Konventionen entstanden, von denen etwa 80 auf den Handel, gegen 220 auf die Produktion fallen, von letzteren wiederum 80 auf die Metallindustrie, 40 auf die Gebiete von Glas, Steinen und Erden, 30 auf die chemische Industrie, 20 auf die Textilindustrie und je 10 auf die Kohlen-, Nahrungsmittel- und Papierindustrie. Schon des Letzteren ist in Syndikatskreisen der Gedanke einer Kartellierung dieser gesammten deutschen Syndikate aufgebracht und diskutiert worden, und in einer am 9. April vom Zentralverband deutscher Industrieller einberufenen Konferenz, an der 96 Syndikatsvertreter theilnahmen, wurde die Einsetzung einer sechsgliedrigen Kommission beschlossen, die gemeinsam mit dem Direktorium des Zentralverbandes die vorbereitenden Schritte zur Schaffung einer gemeinsamen Vertretung der deutschen Kartelle unternimmt, und darüber demnächst Bericht erstatten soll.

Als ein Syndikat der Syndikate ist geplant, das die Preissteigerung und damit die Ausräuberung des konsumierenden Publikums, und andererseits die Lohnrückerei der Arbeiterchaft im Großen betreiben soll. Die Arbeiter werden gut thun, diese Organisationsbestrebungen der Großunternehmer nie aus dem Auge zu lassen. Die „Soziale Praxis“ empfiehlt demgegenüber die Gegenkoalition der Arbeiter. Sie sagt: Gegenüber diesem Zusammenschluß der Unternehmer und Arbeitgeber, die in ihrer Vereinigung eine ungeheure wirtschaftliche, soziale und politische Macht repräsentieren, wird auch die Organisation und Vereinigung der Konsumenten und Arbeiter in Genossenschaften und Berufsvereinen immer mehr eine zwingende Notwendigkeit. Der Staat selbst muß in seinem eigenen Interesse den größten Werth auf einen solchen Zusammenschluß der Arbeiter und Konsumenten legen, wenn er nicht durch das Uebergewicht der Arbeitgeber und Unternehmer aus seiner beherrschenden Position gedrängt werden will.

Ein Syndikat zur Rückertattung der einbezogenen Konventionalstrafe **zurückertattet**. Die Vereinigung



der Seifenfabrikanten von Rheinland und Westfalen hatte gegen die Firma Körtschen & Dreuer in Neuf eine Konventionalstrafe von 30 000 verhängt, weil die Firma, die aus dem King austreten wollte, unter Syndikatspreis verkauft hatte, bevor ihre Verbindlichkeiten abgelaufen war. Das Syndikat legte die bei ihm hinterlegten Solawechsel der genannten Firma in Höhe von 2000 in Cours; die Firma löste die Wechsel ein, erhob dann aber beim Landgericht in Düsseldorf Klage auf Herauszahlung der Wechselsumme. Die Vereinigung beantragte nun ihrerseits im Wege der Widerklage Verurteilung der Firma zur Zahlung des Restes der Konventionalstrafe in Höhe von 28 000. Die Neuker Firma machte geltend, daß man ihr vor der Hinzuziehung zum Seifenringe nicht reinen Wein eingeschmeckt habe; man habe ihr u. A. gesagt, alle Fabrikanten seien beigetreten, was nicht wahr war; man habe ferner versprochen, daß man einzelnen Firmen Vergünstigungen eingeräumt hätte, um diese zum Beitritt zu bewegen; ferner hätten selbst Vorstandsmitglieder die Bedingungen der Konvention umgangen. Das Urtheil des Düsseldorfer Landgerichts ging dahin, daß die Vereinigung die 2000 für die Solawechsel zurückzuerstatten habe. Ihre Widerklage aber abzuweisen sei; auch wurden die nicht unbedeutenden Kosten dem Seifenring zur Last gelegt.

Es ist auch wirklich an der Zeit, daß man den Syndikatsmachern, die, wie der obige Fall beweist, in ihrem Terrorismus zuweilen zu den unlausteren Mitteln greifen, einmal auf die Finger klopfen. Wenn Arbeiter sich bei Streiks in Abwendung „arbeitswilliger Elemente“ zu einer dem feinfühlenden Unternehmertum zu weit gehenden Neugier hinreißen lassen, so wurden sie immer noch wegen aller möglichen Delikte verurteilt, nur gegen das terroristische, den Gesetzen Hohn sprechende Verhalten der Unternehmer waren die Gerichte bisher taub und blind, obwohl dieses Treiben förmlich den Richter herausfordern mußte.

**Was der Petroleumtrust in Deutschland verdient!**

Die Standard Oil Company besitzt in Deutschland zwei Filialen: die Mannheim-Bremer Petroleum-Aktiengesellschaft und die Deutsch-amerikanische Petroleumgesellschaft, die den Vertrieb im Großen besorgen. Nach der Bilanz vom vorigen Jahre hatte die Mannheim-Bremer Gesellschaft einen Reingewinn von M. 1333394 und verteilte 44,5 pZt. Dividende. Die Deutsch-amerikanische Petroleumgesellschaft berichtet über einen Reingewinn von M. 3409217, der einer Verzinsung des Aktienkapitals von 38 pZt. gleichkommt.

**Korrespondenzen.**

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

**Aus Württemberg.** Im Monat April wurde im Gau 23 die Agitation sehr lebhaft betrieben. So fand in Nagold am 27. April eine Versammlung statt, die von zirka 40 Personen besucht war. Kollege Raub sprach über „Die wirtschaftliche Entwicklung“, während derselbe Redner in Freudenstadt tag zuvor über „Die Zukunft des Schreinergerwerbes“ sprach. Nagold, eine junge Zahlstelle, scheint sich diesmal gut entwickeln zu wollen. Die Verwaltung giebt sich alle Mühe, die Unbewußten zum Bewußtsein zu bringen und die zum Bewußtsein Gebrachten zu sammeln. Auch in Freudenstadt versprachen die Kollegen auf's Neue, recht kräftig an die Agitationsarbeit zu gehen. In Kirchheim liegen die Verhältnisse eigenartig. Die Firma Eppe & Egge hat hier und in Stuttgart eine Fabrik. Daß die Unternehmer Fabrikanlagen auf dem Lande gründen, um etwa höhere Löhne zu zahlen oder mit kürzerer Arbeitszeit schaffen zu lassen, wird wohl Niemand behaupten wollen; denn es ist das Gegenheil der Fall. In Stuttgart werden für die Ueberzeitarbeit Prozente bezahlt, in Kirchheim aber nicht. Da wir hier aber in letzter Zeit viel über die Zeit arbeiten mußten, wurde unser Arbeitsausdruck wegen der Grenzschädigung vorstellig. Die Fabrikleitung war einseitig genug, die Ueberzeitarbeit sofort einzustellen resp. Entschädigung für die Zukunft in Aussicht zu stellen. Auch wurden sonstige Verbesserungen des Materials bereitwillig zugestanden. Gut organisiert aber müssen die Kollegen auf alle Fälle bleiben. Wir wünschen ganz bestimmt Differenzen nicht herbei. Kommen aber in Stuttgart solche vor, müssen die Kirchheimer Kollegen hinter den Stuttgartern stehen. Umgekehrt muß das selbe der Fall sein. Mit Recht rief der Gauvorstand Raub bei unserer am 20. April abgehaltenen jährlichen Stützungsfeier den nichtorganisierten Kollegen zu: „Wollt Ihr in solchen Fällen den Streikbrecher machen, also daß Schändlichste thun, was ein Arbeiter zu thun vermag?“ Auch an dieser Stelle ergeht an die Kollegen die Mahnung: „Bleibt einig!“ Solange der Kapitalismus besteht, ist die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter unentbehrlich. Am 6. April versuchten die Splinger Kollegen, die Plochingen wieder für die Organisation zu gewinnen. „Der Streik der Saupheimer Werkzeugmacher“ war das Thema, über welches Kollege Beer sprach. Wenn auch dieser Versuch als mißlungen zu betrachten ist, muß er doch wiederholt werden. Am 12. April sprach derselbe Redner über das gleiche Thema in Hall. Die Lokalverwaltung von Hall ist bestrebt, den Anweisungen des Gauvorstandes immer Rechnung zu tragen. Zu den Versammlungen wird durch Zirkular eingeladen; die Tagesordnung wird für dieselben immer interessant gestaltet, so daß diese einen wirklichen Sammelplatz für die Kollegen bilden. Allen Zahlstellen kann das Vorgehen der Haller Kollegen nur zur Nachahmung empfohlen werden. Am 20. April besuchte Kollege Ott die Zahlstelle Saupheim. Wie wir ja schon berichteten, haben die Kollegen bei der letzten Bewegung gut abgeschnitten. Ott erwähnte unsere Mitglieder, „Alles für Stärkung der Zahlstelle zu thun, damit die Arbeitsverhältnisse nicht wieder verschlechtert werden“. Niemand wird bestreiten, daß das Auftreten des Kollegen Raub während der Bewegung sowohl in der Volks- als auch in den sonstigen Versammlungen einen tiefen Eindruck machte. Was er es doch auch, der in einer Kommissionsitzung den Vorschlag der Intervention des Fabrikinspektors machte. Ganz bestimmt wollen wir die „Verbienste“ des Herrn Falscher nicht verkleinern, wenn sie aber in der „Eiche“ größer gemacht werden, als sie thatsächlich sind, wird man dies in Saupheim am besten zu würdigen verstehen. Die Zahlstelle Tübingen wird nach wie vor fortbestehen. Die Unternehmer würden ja an dem Zusammenbruch ihre hellste Freude haben. Auf Veranlassung des Gauvorstands

fanden durch die Kollegen Garber und Walbenmair am 12. und 26. April Versammlungen statt. Am 4. Mai hielt Raub mit der neugewählten Verwaltung eine Sitzung ab. Wenn die Verwaltung ruhig, selbstbewußt und eifrig die Verbandsgeschäfte erledigt, sich in moralischer Beziehung nichts zu Schulden kommen läßt, wird es bald wieder tüchtig vorwärts gehen. Von Gmünd und Reutlingen erhielt der Gauvorstand die Nachricht, daß wegen Einführung der Arbeitslosenunterstützung große Unzufriedenheit unter den Mitgliedern herrsche. Die Kollegen Steinbrenner und Raub suchten in diesen Zahlstellen den demokratischen Grundzug, die Minorität müsse sich in die Majorität in jedem Falle fügen, Anerkennung zu verschaffen. In Reutlingen sprach Raub noch über „Die wirtschaftliche Entwicklung und den Ruin des Schreinergerwerbes durch den neuen Zolltarif“. Beiden Zahlstellen ist zu empfehlen, Werkstättenversammlungen zu arrangieren. Auf keinen Fall dürfen die Lokalverwaltungen den Muth sinken lassen; denn die Lage unseres Gewerbes erfordert schon angesichts des neuen Zolltarifs auch für die Zukunft eine starke gewerkschaftliche Organisation. Auf die Dauer kann der Ernst dieser Lage keinem Kollegen verschlossen bleiben. Ferner fanden im April noch Versammlungen durch Kollegen Weber in Sussenhausen, Spiegelberg, Sulzbach und Bodnang, durch Kollegen Krämer in Reichenbach statt. In diesen Versammlungen wurden theils technische, theils organisatorische Vorträge gehalten. Am 4. Mai sprach noch Kollege Raub bei der Maifeier in Urach und in einer Versammlung in Wehingen. Im ersteren Orte hat die wirtschaftliche Krise recht schneidig eingeleitet, in Wehingen dagegen will der Korbfabrikant Rubin die geistlich gestattete Koalitionsfreiheit der Arbeiter immer noch nicht anerkennen. Wie seither in Württemberg die Agitationsarbeit systematisch betrieben wurde, so wird auch in Zukunft der Gauvorstand bemüht sein, die Zahlstellen zu unterstützen. Wir hätten nur den lebhaften Wunsch, die Lokalverwaltungen und sämtliche Kollegen würden diese Aufklärungsarbeit mit großer Ausdauer und Zähigkeit fördern.

**Driesen a. d. N.** Wie die Kollegen schon aus der vorigen Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ gesehen, wollten die Drechsler und Polirer der Firma Ziegler & Co. folgende Forderung unterbreiten: Bezahlung des Tarifs von 1900 und Ausbändigung desselben in den Fabrikräumen. Bei neu einzuführenden Artikeln soll die Fabrikleitung mit einer von den Arbeitern gewählten Kommission über den Preis verhandeln; die Lohnbücher sind zwei Stunden vor der Lohnzahlung den Arbeitern auszuhängen. Bei Dibanfäßen, Sophatischen und Garnituren eine Aufbesserung zu gewähren. Der jetzige Preis für 100 Dibanfäße ist: zu drehen ohne Poliren, 3 1/2 " stark M. 2, 4 1/2 " stark M. 2,25, 4 1/2 " stark, 8 " lang M. 2,50 und für eine Sophatischgarnitur 25 1/2 zum Drehen und 20 1/2 für's Poliren. Dibanfäße zu poliren gab es für 100 Stück M. 1,25 bis M. 2. In den Lohnbüchern war manchmal zu viel, manchmal zu wenig Arbeit eingetragen, deshalb das Ersuchen, dieselben vor der Lohnzahlung auszuhängen. Die Forderung wurde Herrn Ziegler am 6. Mai unterbreitet. Bezüglich der unregelmäßigen Eintragung in die Lohnbücher wollte Herr Ziegler die Einbändigung bei seinem Meister (der bereit war) einziehen. Als der Meister am Dienstag zurück kam, wollte er einem Polirer M. 3,25 auszahlen, die in seinem Lohnbuch standen, wofür derselbe aber keine Arbeit geleistet hatte. Der Polirer lehnte die Annahme der Summe aber ab. Am Mittwoch, um 11 Uhr, ließ Herr Ziegler der Kommission sagen, daß er die Forderungen bewilligen werde, aber eine Aufbesserung der Löhne für Dibanfäße und Sophatischgarnituren lehne er ab, bei neu einzuführender Arbeit bestimme er und ließe sich da von Niemandem dreinreden. Wer eben für den Preis nicht arbeiten könne, möge eben aufhören, er halte Niemanden zurück und verlange bis zum Abend Bescheid, was ihm zugesagt wurde. Nach fünf Minuten schickte er den Beßling, er möchte Mittags schon Bescheid haben, kam aber gleich hinterher und verlangte von dem einen Kollegen sofort Bescheid. Der Kollege wollte aber mit seinen Mitarbeitern darüber sprechen. Herr Ziegler wollte von jedem Einzelnen wissen, was er thun wolle. Wer darüber nicht sofort Auskunft geben konnte, sollte in's Comptoir kommen und sich seine Entlastung und Geld holen. Bis 1/12 Uhr waren sämtliche 9 Drechsler und 10 Polirer entlassen. Am Freitag war nun vom Gauvorstand der Kollege Raffabe aus Stettin hier, welcher sich bei Herrn Ziegler in's Comptoir begab, weil die Lohnkommission sich nicht sollte auf dem Hofe sehen lassen. Nach 1/2stündiger Unterhandlung lehnte aber Herr Ziegler ab, weitere Zugeständnisse zu machen; er brauche nur vier Drechsler und vier Polirer, die könnten eben zu den gemachten Bedingungen anfangen, die anderen elf Kollegen brauche er überhaupt nicht mehr. Auf diese Bedingungen konnten die Kollegen nicht eingehen und wird deshalb gebeten, daß Drechsler und Polirer nicht eher in der Fabrik von Ziegler in Arbeit treten, bis die Sache dort geregelt ist.

**Goslar.** Am 26. April referirte Kollege Niehe aus Braunschweig im Verkehrslokale „Zur alten Münze“ über: „Die Kulturtaufgabe der Organisation“. In 1 1/2stündigem Vortrage erläuterte der Referent, wie gerade die moderne Arbeiterbewegung es ist, die sich ihrer Aufgabe, die Kulturerrungenschaften der breiten Masse des Volkes zugänglich zu machen, vollkommen bewußt ist. Indem die modernen Arbeiterorganisationen, und nicht an letzter Stelle der „Deutsche Holzarbeiterverband“, dadurch, daß sie die geistige und materielle Hebung ihrer Mitglieder als vornehmste Aufgabe aufzufassen, zeichnen sie sich in vortheilhafter Weise aus, im Gegensatz zu den mittelalterlichen Verbänden der Zünftler einerseits, und zu den Harmoniedulceien, wie sie in Gewerksvereinen (Kirch- und Dunder) und den christlichen Arbeitervereinen ihr bescheidenes Dasein frieren, andererseits. Nur eine stramme Organisation, wie der Deutsche Holzarbeiterverband, dessen Zahlstellen sich über ganz Deutschland verbreiten, und der mit den Verbänden der gleichen Industrie der übrigen Kulturländer zum Theil durch Kartellverträge zu einander in fortwährendem Austausch der gegenseitigen Erfahrungen verbunden ist, ist in der Lage, seine Kulturmission: Die Mitglieder auf ein höheres geistiges und wirtschaftliches Niveau zu bringen, zu erfüllen. Zum Schluß forderte Redner die Anwesenden auf, dem Holzarbeiterverbande beizutreten, soweit dies noch nicht geschehen sei. Drei neue Mitglieder war das Resultat der übrigens mit größtem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Trotzdem zu dieser Versammlung sämtliche Mitglieder sowie alle indifferenten Kollegen durch Handzettel eingeladen waren, war der Versammlungsbesuch ein äußerst geringer. Von den zirka 60 am Plaze befindlichen Kollegen war kaum der vierte

Theil antwefend. Von den elf Mitgliedern, die in dem eine halbe Stunde entfernten Orte Oker arbeiten, war nicht ein einziges erschienen, trotzdem sie Alle eingeladen waren und die Verbinderbindung für 10 1/2 zu benutzen ist. Dieses ist um so bedauerlicher, als der Grund hierzu in persönlichen Heiberereien der dortigen Kollegen zu suchen sein soll. Kollegen! Das darf nicht Blag greifen! Wozu sollte das führen, wenn persönliche Zänkereien derart ausarten, daß das Solidaritätsgefühl hintangekehrt wird? Wenn je das Sprichwort: „Wenn Zwei sich streiten, dann freut sich der Dritte“, seine Berechtigung hat, so ist es in dem Falle, wenn sich die Arbeiter gegenseitig in den Haaren liegen. Dann hat das Unternehmertum um so leichtere Arbeit, die Bestrebungen der Organisation zu behindern. Nur Eintigkeit im Marsche auf das gesteckte Ziel führt dahin, dem vorzubeugen. Wir vertrauen darauf, daß der gesunde Sinn der Kollegen in Oker begreift, daß die Bestrebungen für die Allgemeinheit den persönlichen Empfindungen vorgehen muß, und daß sie von nun an die Versammlungen zahlreich besuchen werden. Auch an die bis jetzt nicht organisierten Kollegen von Goslar richten wir die Aufforderung, endlich herauszutreten aus dem Indifferentismus, und sich dem Verbandsangehörigen anschließen, um Hand in Hand mit uns dahin zu streben, daß auch hier den hiesigen Verhältnissen angepaßte Arbeits- und Lohnbedingungen eingeführt werden. Und wahrlich, wenn irgendwo, so ist hier ein solches Bestreben gerechtfertigt. Wie in allen von Sommerfrischlern frequentierten Orten, sind auch hier die Lebensmittelpreise theurer als in Großstädten, und daß der Lohn, der im günstigsten Falle M. 18 beträgt, nicht ausreicht, beweist, daß die Frauen der verheiratheten Kollegen sich irgend einen Nebenverdienst beschaffen müssen, während die Kollegen nach beendeter Arbeit in der Werkstätte nochmals zu Hause anfangen, um für ihre Privatwirtschaft zu arbeiten. Dabei beträgt die Arbeitszeit in den Werkstätten 60, zum Theil noch 63 Stunden wöchentlich. Bedenkt man ferner, daß an die technischen Fähigkeiten der Kollegen in hiesigen Werkstätten große Anforderungen gestellt werden, ebenso wie in den durch Anfertigung solider und stillerechter Arbeit betannten Geschäften Hannovers, Stuttgart's, Münchens u., und daß die gegenwärtige Konjunktur am Orte keineswegs eine ungünstige ist, so leuchtet es doch wohl einem Jeden ein, daß die hiesigen Löhne der Aufbesserung bedürftig sind. Und es ist schwer begreiflich, wie es noch Kollegen geben kann, welche behaupten, sie seien mit Löhnen von M. 15—18 zufrieden, und zwar Kollegen, die schon Jahre lang in ein und derselben Werkstätte arbeiten. Aber zur Hebung dieser Missetände ist es erforderlich, sich zu organisieren; hinein in den Holzarbeiterverband, Keiner darf abseits stehen bleiben und warten, bis sich die Verhältnisse von selbst bessern. Jeder muß es für seine Ehrenpflicht halten, mitzuarbeiten in Rath und That, bis auch hier Zustände Platz greifen, die den Arbeitern Gelegenheit geben, an den Errungenschaften der Kultur in menschenwürdiger Weise mit theilzunehmen. Die Agitationskommission am Orte ist redlich bemüht, immer neue Mitglieder zu werben, und ab und zu hat sie auch einen winzigen Erfolg zu verzeichnen. Aber wie viele nutzlose Wege muß sie gehen, wie viele Worte vergebens sprechen. Wie viele Mühe ohne sichtbaren Erfolg, die unglücklichsten Ausreden für das Fernbleiben von der Organisation bekommt man zu hören. Der Eine kann die Beiträge nicht erschwingen; er sieht aber nicht ein, daß täglich durch eine gute Organisation auch ohne Kampf bessere Löhne erzielt resp. Lohnfürsorgungen verhindert werden, und die paar Groschen Beiträge sich reichlich verzinsen. „Für mich hat der Verband keinen Zweck, ich gehe ja doch nicht auf die Walze“, wendet ein Zweiter ein; als ob der Verband nur dazu da wäre, Reiseunterstützung zu zahlen. Ganz abgesehen davon, daß es Niemand sagen kann, ob er nicht doch noch auf Wandererschaft gehen muß, so sichere Brotstelle er zu haben meint, gilt das oben Gesagte auch für diejenigen. Eine weitere Ausrede, wie man sie schließlich überall anwenden könnte, sollte man von rechtbedenkenden Menschen überhaupt nicht zu hören bekommen. Da wird einwendender, dieser oder jener Kollege hat sich bei irgend einer Gelegenheit eines unkollegialen Verhaltens schuldig gemacht, trotzdem er in der Lokalverwaltung sitzt. Wenn dies wahr ist, dann hat aber Jeder erst recht die Pflicht, Mitglied zu werden und es besser zu machen, oder doch wenigstens zu bessern und zu helfen suchen, wo einmal ein Mißgriff, wie er bei jeder menschlichen Einrichtung passieren kann, vorkommt. Die diesen Einwand erheben, sollten einsehen, daß sie sich gerade eines unkollegialen Benehmens befleißigen, indem sie von der Arbeit, der sich organisierte Kollegen unterziehen, fernbleiben, ja, ihnen dieselbe noch vielfach erschweren, indem sie hauptsächlich die jüngeren Kräfte vom Beitritt zum Verbands mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, abdrängen.

Kollegen von Goslar, glaubt Ihr, daß die hiesigen Verhältnisse besserungsbedürftig sind, dann fort mit allem Indifferentismus, fort mit allen persönlichen Heiberereien; entzieht Euch den Einfluß jener Ausschöler, die als Zwischenträger und Schmarotzer bekannt sind, die in Ertrenntniß ihrer gewerblichen Ungünstigkeit sich ihren Lohn zum Theil durch die bekannten Mäander zu verdienen trachten. Wendet Euch ab von jenen Klimbimbereinen, in denen Ihr ja doch nur zu oft dazu dient, als Staffage zu figurieren, und die Euch für Eure Besserstellung nichts nützen können. Tretet ein in die Reihen Eurer organisierten Kollegen, die die Erringung menschenwürdiger Zustände auf ihre Fahne geschrieben haben, und die Zeit wird und muß kommen, wo auch für die hiesigen Holzarbeiter bessere Zustände androgen. Denn das Wesen der ganzen Zeit ist Fortschritt; Stillstand ist Rückschritt. Beherzigen wir Alle die Worte, welche der unvergeßliche Schiller in seinem unsterblichen „Tell“ dem Stauffacher in den Mund legt: Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Noth uns trennen und Gefähr.

**Gaan.** Die günstige Konjunktur scheint für die Schweinerei mit Eröffnung der Düsseldorfer Ausstellung beendet zu sein. Die Firma Jöhler & Rhein kündigte einem verheiratheten Gesellen, der „rein zufällig“ Kassirer der hiesigen Zahlstelle ist, obgleich noch wenige Tage vorher ein lebiger Kollege eingekleidet wurde. Mangel an Arbeit, wie Herr Rhein vorhersagt, wird doch wohl nicht die Ursache der Kündigung sein. Nachst diesem Kollegen wurden zwei weitere gekündigt. Auf Vorstelligwerden, die Kündigung zurückzunehmen, erklärte Herr Rhein, es bleibt dabei. Wir vermuthen, daß der „Vorarbeiter“ seine Hand dabei im Spiele hat, möchten aber doch Herrn Rhein er-



suchen, solchen Einblättern gegenüber Vorsicht walten zu lassen, und doch lieber eine Verständigung mit seinen Arbeitern herbeizuführen. Auch andere Meister pakt der Großmachtstil. Einer von diesen erklärte seinen Arbeitern gegenüber, daß die Papiere fertig lägen für jeden, der am 1. Mai feiere. Diese Drohung hat vermocht, daß einige Kollegen, die in der Versammlung das große Wort führten, „schön gehorsam“ zur Arbeit gegangen sind. Na, hoffentlich wird es auch hier noch einmal anders.

**Oetzelberg.** Am 1. Mai sprach Kollege Göttrich aus München hier im „Westhof“ in einer öffentlichen Versammlung, welche jedoch in Unbetracht der Maifeier nicht gut besucht war. Er sprach in einem einstündigen Vortrag über die Kämpfe, welche der Holzarbeiterverband seit 1893 geführt hat. Er führte statistisch aus, daß 635 Streiks seitdem zu verzeichnen sind, welche M. 19 835 000 gekostet haben. Obwohl unter Verband nur mit 20 pZt. organisiert ist, sind doch die meisten Streiks mit Erfolg geführt worden. Als Beispiel führte er die Münchener Streiks an, welche, mit Ausnahme des letzten Streiks, auch mit großem Erfolge geführt wurden. Wenn auch beim letzten Streik die Meister, den Sieg davontrugen, so hatten sie doch einen Schaden von M. 1 600 000. In ihrer Probenhaftigkeit konnten die Meister den Schaden ertragen, jedoch unseren berechtigten Forderungen um neun Stunden Arbeitszeit konnten sie nicht entgegenkommen. Die Herren Unternehmer meinen, bei langer Arbeitszeit und niedrigen Löhnen konkurrenzfähig zu sein, was aber leider nicht der Fall ist. In Amerika, England und Australien sind sie bei kürzerer Arbeitszeit und höheren Löhnen der deutschen Holzindustrie weit voraus. Es ist zu bedauern, daß es noch Arbeiter giebt, die sich in konfessionelle Organisationen trennen, anstatt ihre Kräfte zu sammeln. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden schloß er den Vortrag. In der Diskussion gieng folgende Resolution ein, welche einstimmig angenommen wurde: „Die Anwesenden erklären sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden. Sie erkennen an, daß eine soziale und wirtschaftliche Besserstellung der Holzarbeiter nur dann möglich ist, wenn eine starke Organisation vorhanden ist. Sie erkennen ferner an, daß gerade zur Zeit der Krise der letzte Mann dem Verbandszugeführt werden muß, damit bei Eintritt eines flotten Geschäftsganges eine geschlossene Organisation kampfbereit dasteht. Die Anwesenden verpflichten sich daher, soweit sie nicht organisiert sind, dem Holzarbeiterverband beizutreten und für dessen Ausbreitung mit beitragen zu helfen.“

**Landau.** Mögliche Zustände herrschen schon längere Zeit in der Möbelfabrik Groß. Herr Groß, der gegenüber seinen Arbeitern ein wenig entgegenkommendes Benehmen zur Schau trägt und seine Fabrik eher mit einem Taubenschlag als mit einem Wustertreibler vergleichen könnte, scheint die Sache bald auf die Spitze treiben zu wollen. Da er hier Arbeitskräfte so leicht nicht bekommt, so inseriert er in Frankfurt bürgerlichen Zeitungen, und natürlich giebt es immer welche, die auf den Leim gehen. So fuhr ein Verbandskollege von Neu-Ulmberg auf eine solche Annonce hin: zu Herrn Groß nach Landau und arbeitete eiliche Tage bei ihm; Herr Groß bot ihm M. 12 pro Woche an, und als ihm das nicht so behagte, stieg er aus der Knochenmühle wieder heraus. Da ihm natürlich seine Baarmittel erschöpft waren, so mußte er guten Muthes wieder auf Schuifers Klappen nach Frankfurt abtippeln. Einem anderen Kollegen erging es nicht besser. Dielem bot Herr Groß Afford an, ließ diesen unterbrechen durch Tagelohn, gab ihm dann wieder anderen Afford und dann wieder Tagelohn, so daß er zuletzt nicht mehr wußte, wo er hielt. Für Vulte, die Herr Groß mit M. 120 bezahlt bekommt, bot er diesem Kollegen M. 5 Arbeitslohn an, worin mindestens M. 25 hätten bezahlt werden sollen, was Herr Groß ganz sicher als Sachmann wissen mußte. Der Kollege, welcher bei Herrn Groß vorstellig wurde, daß er nicht so weiter arbeiten könne, kam mit ihm in Konflikt, löste sofort das Arbeitsverhältnis, da es eine Kündigung in dieser Fabrik nicht giebt und Herr Groß ihn doch hinausgeworfen hätte. Der Kollege hatte noch M. 11 zu Gute, und als er sie einfordern wollte, jagte Herr Groß, unter der Woche zahle er nicht aus, er solle Samstag Abend kommen. Als er dann kam, warf er ihn hinaus. Ein Gewerbegericht ist hier nicht, und geht man wegen so ein paar lumpiger Mark an die ordentlichen Gerichte, so kann man Monat und Tag warten, bis eine Entscheidung kommt, und den Kollegen bleibt deshalb nichts weiter übrig, als abzureisen und ihr Teil wo anders zu suchen. Wir machen alle organisierten Kollegen, welche nach Landau reisen, auf die Möbelfabrik Groß aufmerksam. Meidet dieses Geschäft, wir können im Voraus sagen, Ihr kommt nicht gut weg und es ist auch noch Keiner gut weggekommen. Wir schänten Herrn Groß schon die besten und tüchtigsten Arbeitskräfte — denn nur solche kann er brauchen —, aber die Herrlichkeit war jedesmal bald zu Ende.

**Ratibor.** Die Kollegen Deutschlands werden sich wundern, auch etwas über uns und unsere Lage zu erfahren. Daß man verschiedene Verhältnisse nicht vollständig kann, bemies Kollege Reiter-Preiss, welcher in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung am 5. Mai im „Wilhelmsgarten“ über das Thema: „Der Zweck unserer Organisation und die heutige Geschäftslage“ sprach. Kollege Reiter beleuchtete in seiner anerkennenswürdigen, mit großem Verstand angewandenen Rede den letzten Streik und hob hervor, wie sehr schwer dieser derselbe gewesen sei. Er kritisierte, daß jetzt die Kollegen in Ratibor es sich schmeicheln gelassen hätten, wenn ihnen das wieder verloren geht, was so schwer erkämpft wurde. Darnach schloß die Kollegen der Firma Tischauer sollten doch daran denken, da dort die Arbeitszeit wieder verlängert und die Affordreise und das Kostgeld gefahrt werden. Nachdem Kollege Reiter den Anwesenden den Zweck unserer Organisation und warum wir organisiert sein müssen erklärte, forderte er alle noch Nichtorganisierten auf, als dem Holzarbeiterverbande Mann für Mann anzuschließen. Hieran schloß Kollege Reiter mit dem Hinweis auf den Zweck des Verbandes. Er sprach es aus, was die Kollegen durch ihre verschiedenen Aufstellungen und Vergleichen zu übersehen. Er wies in der Hand von Zahlen nach, daß nur unsere Organisation den Kampf zu gewinnen vermag, und daß nur unsere Organisation den Kampf zu gewinnen vermag. In der Diskussion kamen noch verschiedene Verhältnisse einiger Werkstätten vor, welche auch mit einigem Interesse auf die Aufmerksamkeit der Kollegen war. Im Schlußwort forderte Kollege Reiter die Kollegen, welche noch dem Streik dem Verbandszugeführt werden, auf, das zu halten, was sie versprochen haben. Die organisierten Kollegen fordern es von ihnen. Folgende eingeleitete Resolution wurde von den An-

wesenden angenommen: „Die heute, am 5. Mai, hier stattfindende öffentliche Holzarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Versammlung erklärt, mit aller Energie dafür einzutreten, die Organisation am Orte zu stärken, daß sie ein Schutz gegen ungesetzliche Handlungswesen sei und ein Bollwerk gegen die Verschlechterung unserer Lebensweise.“ Hieraus brachte unser Vertrauensmann, Kollege Schneider, ein Hoch auf den deutschen Holzarbeiterverband aus, in welches alle Anwesenden begeistert einstimmten.

Kollegen von Ratibor und Umgegend! Wir appellieren an eure Arbeiterehre und fordern Euch auf, dem Verbands beizutreten. Besucht recht fleißig die Versammlungen, welche alle 14 Tage im „Wilhelmsgarten“ bei Schulz stattfinden. Kollegen! Laßt nicht nur zwei oder drei Kollegen die Arbeit verrichten, helft mit, unsere traurige Lage zu verbessern und seid versichert, daß wenn wir Alle einig sind, wir zum Ziele gelangen. Den Kollegen der Firma Müller & Goresky rufen wir zu, verlaßt Euch nicht darauf, daß Ihr schon so und so lange da arbeitet; nein, wenn eure Kraft verbraucht, der Unternehmer Euch ausgemergelt hat, so liegt Ihr auf der Straße. Sorgt bei Zeiten dafür, daß es nicht vorkommt und beachtet Mann für Mann die Werkstattbesprechung, welche in nächster Zeit von der Zahlstellenverwaltung bekannt gemacht wird.

**Zwettlroda.** Wie den Kollegen noch bekannt sein wird, haben die hiesigen Holzarbeiter am 28. April die Forderungen eingereicht, und zwar: Einführung einer einheitlichen Arbeitsordnung, mit Ausschluß aller Bestimmungen über Affordarbeit, 9stündige Arbeitszeit, 15 pZt. Lohnerhöhung zu dem bisherigen Stundenlohn, Minimallohn von 25 1/4 pro Stunde. Die Frist war am 5. Mai abgelaufen und erhielt die Lohnkommission in letzter Stunde auch Antwort von Seiten der vereinigten Holzindustriellen, nämlich — wie fast überall — im ablehnenden Sinne. Es heißt in der Zuschrift, daß auf Grund der gestellten Gesamtforderungen jede Verhandlung abgelehnt wird. Näheres über die hiesigen Verhältnisse werden wir später berichten, sämtliche Kollegen mit Ausnahme einiger Bildhauer und Drechsler, welche aber an der ganzen Sache nicht den geringsten Einfluß sind, reichen daraufhin in sämtlichen Fabriken (5) am 10. Mai ihre Kündigung ein, so daß am 24. Mai 100 Kollegen in den Streik eintreten, falls sich die vereinigten Holzindustriellen nicht eines Besseren besinnen werden. Wird Bezug nach hier streng ferngehalten, von Tischlern, Bildhauern und Drechsler, so wird der Ausgang der Bewegung zu Gunsten der Kollegen nicht lange auf sich warten lassen.

**Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.**

**Der Abwehrestreit der Tischler bei Lorenz in Uckermünde** ist nach 14tägiger Dauer beendet. Herr Lorenz hat sich besonnen und hat sich doch noch mal wieder mit Verbandsbrüder eingelassen. Die herabgeleitete Preise werden von neuem vereinbart, und sichert Herr Lorenz bei jeder vorkommenden Affordarbeit einen Minimallohn von M. 20 zu.

**Die Firma Becker & Schäfer in Gösch a. M.** sucht in ganz Deutschland Möbelschreiner. Wir machen bekannt, daß wegen dort vorgenommener großer Lohnreduktion die Sperre über diese Firma verhängt worden ist. Wir warnen deshalb jeden Kollegen, auf die Versprechungen dieser Firma hineinzufallen. Die Firma lehnt jede Verhandlung ab.

**In der Stoffabrik von Viehmeier in Köln** haben sämtliche dort beschäftigten Kollegen den 1. Mai durch Arbeitsruhe geehrt, und es sind darauf alle (40 Mann) auf zwei Tage ausgebeert worden. Gar zu böse waren die Kollegen darum nicht; war es ihnen doch so vergönnt, auch mal einige Tage die schöne Maienluft zu genießen.

**Aus den Bernen der Holzbranche.**

**Die Girsch-Dunder'schen und der Berliner Junungs-nachweis.** In Nr. 17 unserer Zeitung übten wir an der Haltung der Girsch-Dunder'schen Gewerbevereine in Berlin organisierten Tischler Kritik, da diese sich, einem Berichte der „Eiche“ zufolge, auf den Standpunkt stellen, daß der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung „möglichst“, also nicht absolut, zu meiden sei. Wir erhalten nunmehr von der Kommission der vereinigten Ortsvereine der Tischler zu Berlin, der Berliner Vertretung dieser Organisation, eine Zuschrift, in der festgestellt wird, daß in ihrer Versammlung am 21. März in dieser Frage folgende Resolution angenommen worden sei:

„Die heutige kombinierte Ausdehnung beschließt, ihren Mitgliedern zu empfehlen, den Arbeitsnachweis der vereinigten Tischlerinnungen nicht zu benutzen und demnach die Annahme der Entlassungsscheine zu verweigern.“

Ferner wird in der Zuschrift behauptet, daß in dem Bericht der „Eiche“ von „möglichster“ Meidung des Junungsnachweises keine Rede sei.

Wir wollen dem gegenüber doch feststellen, daß in dem in Nr. 15 der „Eiche“ veröffentlichten Bericht der Versammlung des ersten Ortsvereins vom 29. März gesagt wird: „Die Mitglieder wurden darauf aufmerksam gemacht, daß der Arbeitsnachweis der Tischlerinnung und Holzindustriellen möglichst zu meiden sei.“ (Seite 116, erste Spalte, neunte Zeile.) An diese nicht ganz unzweideutige Mahnung knüpften wir unsere Kritik an.

**Der Girsch-Dunder'sche Gewerbeverein der Tischler** hatte nach seiner letzten veröffentlichten Abrechnung für das erste Vierteljahr 1902 in dieser Zeit eine Gesamtsumme von M. 18 219,78 und eine Gesamtsumme von M. 16 330,22, somit einen Einzahlungsüberschuß von M. 1889,56. Das Vermögen der „Generalratskasse“ erhöhte sich demnach von M. 43 200 am 1. Januar d. J. auf M. 45 089,56 am 1. April. Die Mitgliederzahl des Gewerbevereins belief sich auf 6936, gegen 6840 am 1. Januar d. J.

**Zur Lage der Musikindustrie.** Nachdem vor einiger Zeit an dieser Stelle über die finanzielle Lage einiger Fabriken dieser Branche in Leipzig berichtet worden, sei heute der Fabrik „Symphonion“, Lochmann'sche Musikwerke, gedacht, deren Geschäftsbericht am 1. Mai erschienen ist. Nachdem bereits im Februar in dem Bericht der Leipziger Kredit- und Sparbank der Stand der Lochmann'schen Fabrik dadurch ungünstig genug beleuchtet worden war, daß genannte

Bank für M. 330 000 „Lochmann“-Aktien mit 50 pZt. Abschreibung auf neue Rechnung vortrug, war von dem Geschäftsbericht nichts Anderes zu erwarten, als eine grau in grau gehaltene Bekanntgabe des ungünstigen Standes des einst so blühenden Unternehmens. Der Gesamtverlust wird mit M. 974 824,58 angegeben, wovon M. 711 997,57 auf die Verschuldung an der Amerikanischen „Symphonion“ Wfg. Co. und M. 262 826,96 auf das Leipziger Unternehmen entfallen.

Bei letzterem Unternehmen werden dem Berichte zufolge „dem früheren wirtschaftlichen Niedergang des Unternehmens und den daraus entstandenen Schäden unter der früheren Leitung“ ein Theil des Verlustes zugemessen, jedenfalls scheint die Qualität der Fabrikate nach dem Streik 1899 bedenklich heruntergekommen zu sein, denn in dem Bericht heißt es weiter: „Die Qualität unserer Erzeugnisse ist heute eine auch von unseren Großhändlern anerkannt gute“ und „haben wir wenigstens erreicht, daß das „Symphonion“ heute wieder seinen angelegenen Platz behauptet“. Man kann den Unternehmern diesen „ihren“ Erfolg nur wünschen, wenn auch konstatirt werden muß, daß die dort beschäftigten 18 bis 24 (früher 80) Tischler über allerhand Abzüge, vertheuerten Materialbezug, inhumane Behandlung und dergl. schon lange klagen.

Daß die Aufsichtsraths-Mitglieder aus den guten Jahren soviel gerettet haben, daß dieselben heute M. 150 000 als Reservecapital spenden können, ist immerhin bemerkenswerth. Das ist aber auch nothwendig gewesen, da trotzdem vier Aktien zu einer Aktie zusammengelegt werden mußten, um überhaupt noch eine Bilanz zu ermöglichen. Daß, dem Bericht folgend, „in der Hauptsache das Unternehmen im fernem Amerika den schlechten wirtschaftlichen Stand verschuldet hat“, kann seine Wichtigkeit haben. Als eine nicht ganz kleine Nebenache haben sich aber wohl auch die Folgen des für die Arbeiter ungünstig verlaufenen Ausstandes im Herbst 1899 auch für die Unternehmer herausgestellt.

**Urkund, Klavierarbeiter Deutschlands!** In Nr. 15 und in Nr. 18 unseres Fachorgans äußerte sich die Redaktion unter Anderem zu einem Aufruf des Fachvereins der Berliner Musikinstrumentenarbeiter, in welchem die Musikinstrumentenarbeiter Deutschlands aufgefordert werden, einen von diesem Verein veranstalteten Kongreß zu besuchen. Es wurde nun in Nr. 15 der „Holzarbeiter-Zeitung“ darauf aufmerksam gemacht, daß die Einladung zu diesem Kongreß von den Lokalorganisierten ausginge. Dies war unserer Meinung nach auch durchaus nothwendig, zumal, da aus dem Aufruf nicht klar genug hervorging, ob man sich an die organisierten Musikinstrumentenarbeiter, und organisierte Musikinstrumentenarbeiter giebt es außerhalb Berlins nur im Holzarbeiterverband, oder ob man sich an die Unorganisierten wenden sollte. Nun hat ja die Notiz in Nr. 15 unserer Zeitung im Organ der Lokalorganisierten eine scharfe Erwiderung veranlaßt. Die Leute stellen sich sehr entrüstet und erklären, daß Alles, was in Nr. 15 gesagt wurde, unvollständig sei.

Infolgedessen steht sich die unterzeichnete Kommission genötigt, da den Mitgliedern derselben die Herren vom Fachverein der Berliner Musikinstrumentenarbeiter ziemlich genau bekannt sind, auch ein paar Worte in dieser Angelegenheit zu reden.

Das, was unser Redakteur in Nr. 15 an Behauptungen aufgestellt hat, können wir ruhig unter schreiben. Es ist eine Thatsache, daß die Klavierarbeiter in allen Orten Deutschlands, wo diese Industrie irgend Bedeutung hat, besser organisiert sind, als die Berliner Klavierarbeiter. In Berlin ist die Zersplitterung eine zu große, als daß die Organisation irgend welche nennenswerthen Fortschritte machen könnte. Ein Beispiel zeigt dies in dem Westfälischen Betrieb. Dort sind über 600 Arbeiter beschäftigt, von denen circa 200 einer Organisation angehören; von denselben sind im Holzarbeiterverband 138, im Girsch-Dunder'schen Gewerbeverein ungefähr 40, 7 im Fachverein; die Christlichen weisen auch ein paar Mann auf. Im Ganzen sind in diesem einen Betrieb sieben Organisationen vertreten. Wo eine derartige Zersplitterung Platz gegriffen hat, ist die ganze Bewegung lahmgelegt. Das wissen auch die Herren Kleinlein und Konforten. Sie müssen auch ferner wissen, daß sie bei größeren Streiks gar nicht mehr aktionsfähig sein können. Dann werden sich diese Leute auch erinnern können an die große öffentliche Musikinstrumentenarbeiterversammlung im vorigen Sommer (und auf das Wortum von öffentlichen Versammlungen legt man bei ihnen ja großen Werth), die, von dem Gedanken ausgehend, daß nur eine geeinte Arbeitermasse dem Unternehmertum erfolgreich gegenüber treten kann, dem Fachverein jede Existenzberechtigung abgesprochen hat. Trotzdem unternehmen sie keine Schritte, um sich mit der für die Klavierarbeiter maßgebenden Organisation, dem Holzarbeiterverbande, auf irgend welche Art und Weise zu einigen. Man kann also behaupten, daß die Lokalorganisierten zum großen Theil Schuld daran sind, daß die Organisationsverhältnisse der Berliner Klavierarbeiter so traurige sind.

Nun tauchte in unserer Kommission, als wir uns über den genannten Aufruf der Lokalorganisierten unterhielten, die Meinung auf, daß sie bei Einberufung des Kongresses vielleicht doch einen für das Allgemeininteresse guten Zweck verfolgten. Daß sie nicht direkt unsere Verbandskollegen zu dem Kongreß einladen, glaubten wir, sei Befangenheit oder Scham. Daß man Unorganisierte zur Beschickung eines Kongresses einladen könne, hätte Keiner von uns begreifen können. Wenn nur aus 20 bis 30 Orten von unseren Verbandskollegen Vertreter nach dem Kongreß geschickt worden wären, wäre es ja selbstverständlich gewesen, daß sich derselbe dahin ausgesprochen hätte, daß für die Klavierarbeiter als Organisation nur der Holzarbeiterverband maßgebend sein könne, und daß sich im Interesse eines einheitlichen Vorgehens der Kleine Berliner Fachverein auflösen müsse. Zudem sich nun die Lokalorganisierten diesem Beschluß fügten, hätten sie ihrem Verein ein ehrenvolles Begräbniß bereiten können. Das, glaubte man, sei von jener Seite bei Einberufung des Kongresses vielleicht beabsichtigt. Es beruhete allerdings nur



auf Kombinationen, und wenn man etwas von uns wollte, mußte man auch direkt an uns herantreten.

Wir konnten nun weiter nichts thun, als die Kollegen draußen darüber aufklären, von wem aus die Sache in Szene gesetzt werde. Davon ist uns ja die Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“ zuvorgekommen.

Nun haben sich die Herren Kleinlein und Konsorten in ihrer Erwiderung auf die Neukerungen der Redaktion deutlicher ausgesprochen. Sie laden nur die Kollegen zu dem Kongress ein, die nicht dem Holzarbeiterverbande angehören, also die Unorganisierten. Die deutsche Arbeiterbewegung wird in den Annalen ihrer Geschichte wohl kaum einen derartig kuriosen Fall zu verzeichnen haben, wie er hier liegt. Sollte, die trotz lebhafter Agitation zum Beitritt zur Organisation nicht zu bewegen waren, sollen nun einmal ein so großes Interesse für dieselbe bekunden, daß sie das Opfer einer großen Reise auf sich nehmen, um sich dann einer Organisation anschließen zu können. Hier in Berlin folgen die Unorganisierten dem Fachverein nicht einmal bei Einladung von Werkstatttagungen, wo sie einen Weg von fünf Minuten zu machen haben, jedoch die Unorganisierten von außerhalb brauchen nur durch die Arbeiterpresse zu einem Kongress nach Berlin eingeladen zu werden, und sie kommen in hellen Scharen angefahren. So glaubt Herr Kleinlein in seinem kindlichen Gemüth, Was für Kunststücke wird man anstellen müssen, und was werden es sich die Lokalorganisierten kosten lassen müssen, und Geld ist bei ihnen durchaus kein Blei, um auf dem Kongress nur einige von den seltenen Exemplaren dieser Unorganisierten auf den Tisch des Hauses niederlegen zu können. Das ganze Unternehmen sieht den Herren von der überlogischen Denkart sehr ähnlich. Es steht auf gleicher Stufe mit einem Ausspruch Kleinlein's in der öffentlichen Klavierarbeiterversammlung vor neun Monaten, daß jeder die Pflicht habe, für die Vertiefung der sozialdemokratischen Ideen thätig zu sein, und dies könne man auch sehr gut, wenn man nicht Mitglied der Parteiorganisation sei. Über wie die Lokalorganisierten Tischler Berlins, die Pfeifenfabrikanten, bei Gründung ihres Vereins als Ursache angaben, der Holzarbeiterverband habe beschlossen, die Unorganisierten nicht mehr zu unterstützen, deshalb müsse man sich organisieren; und, jedenfalls aus Aerger über diesen Beschluß, einen Fachverein gründen.

Nun ist ja den Herren, wie aus ihrer Erwiderung hervorgeht, bei Abhaltung ihres Kongresses an den Klavierarbeitern weniger viel gelegen, da diese zum großen Theil „weiter nichts wie gewöhnliche Tischler“ sind, wie sie sich ausdrücken. Sie appellieren vor allen Dingen an die Drehorgelbauer, die Blech-, Schlag-, Holz- und Streichinstrumentenbauer. Man müßte daraus schließen, daß die letztangeführten Branchen in ihrem Verein mehr vertreten sind als die Klavierarbeiter. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die Mitgliedschaft des Fachvereins der Musikinstrumentenarbeiter Berlins und Umgegend setzt sich zusammen aus Klavierarbeitern, einigen Klaviaturarbeitern und drei bis sechs Pianomechanikern. Ein großer Theil ihrer Mitglieder ist eben leider auch „weiter nichts wie gewöhnliche Tischler“. Mit den übrigen Branchen hat der Fachverein gar keine Fühlung. Man kann deshalb dreist behaupten, daß Kleinlein und seine Trabanten die Verhältnisse der Drehorgelbauer, der Blech-, Schlag-, Holz- und Streichinstrumentenbauer kaum kennen werden.

Die Herren haben sich ja nun über den Redakteur unserer „Holzarbeiter-Zeitung“ kolossal aufgeregt, sie haben denselben sogar beschimpft. Das ist nicht verwunderlich. Denn darin besteht ja gerade die Stärke eines solchen kleinen Organisationsorgans, daß es möglich viel Lärm schlägt, um in der Öffentlichkeit bemerkbar zu werden. Zu allen anderen Dingen sind diese Leute größtentheils unfähig. Das geht aber jeder Lächerlichkeit die Krone auf, wenn sie verlangen, daß Röske nach Berlin kommen soll, um sich vor ihnen zu verantworten. Wie schon weiter oben bemerkt, unterschreiben wir das, was Röske in der fraglichen Notiz an Behauptungen aufgestellt hat, bis auf eines. Er hat die Zahl der Berliner Klavierarbeiter, welche dem Holzarbeiterverbande als Mitglieder angehören, mit 700 zu niedrig angegeben. Um dies richtig stellen zu sollen, werden die Herren wohl so gnädig sein, ihm die Reisekosten zu ersparen. Im Uebrigen haben wir ihnen ja schon des Ofteren Gelegenheit zu einer gründlichen Aussprache gegeben. Wir stellen uns auch in Zukunft gern zur Verfügung. Doch halten wir bei der Leitung unserer „Holzarbeiter-Zeitung“ es für angebracht, daß man sich für späterhin mehr der Kürze befleißigen kann, wenn man von diesen Leuten überhaupt Notiz nimmt. Dieselben glauben, sonst Wunder wach! wichtige Bestimmung in der Arbeiterbewegung zu haben, während sie nur ein Hinderniß für sie sind.

Auch werden wir in Zukunft im Interesse der Gesamtorganisationskollegen den Raum unserer Zeitung für ein solches Thema nicht mehr derartig in Anspruch nehmen, wie wir es diesmal leider thun mußten.

Die Musikinstrumentenarbeiter-Kommission der Zählstelle Berlin.

Kongress der in den Sägemühlen und Hoblereien Norwegens beschäftigten Arbeiter. Der Verband der oben genannten Arbeiter hielt kürzlich in Helsingör einen seine ordentliche Generalversammlung ab. Wir entnehmen dem im „Christiana, Sozialdemokraten“ veröffentlichten Protokoll Folgendes: Anwesend waren 17 Delegirte außer dem Verbandsvorsitzenden. Nach dem Rechenschaftsbericht zählte der Verband fünf Zweigvereine mit circa 500 Mitgliedern. An Konflikten hat der Verband im Berichtsjahre nur zwei kleinere gehabt, welche durch Vermittelung des Vorstandes beigelegt wurden. Im Uebrigen hat der Vorstand infolge zu niedrigen Verbandsbeitrages der Mitglieder nichts unternehmen können in agitatorischer Hinsicht, da er stets mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Daher ist im Berichtsjahre auch der Zuwachs an Mitgliedern ein recht minimaler gewesen. Eine Reihe Anträge, die theils auf Ausbau des Verbandes hinfielen, lag vor. Der Kongress nahm zunächst einen von dem norwegischen Verband der Arbeitsleute (nichtgeleiteten Arbeiter) eingebrachten Antrag zur Verhandlung, nach welchem sich der Verband der Sägemühlen- und Hoblereiarbeiter auflöst und vom 1. Mai 1902 in den Verband der Arbeitsleute eintritt, vorausgesetzt, daß die von dem aufzulösenden Verband zu

stellenden Bedingungen von dem Verband der Arbeitsleute genehmigt werden könnten. Die Diskussion wurde eine äußerst lebhaft. Der Geschäftsführer des letztgenannten Verbandes hob in seiner Begründung hervor, daß die nichtgeleiteten Arbeiter unzweifelhaft in einer Gewerkschaft zusammengehören, da ihre Interessen gemeinschaftlich sind. Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit allen gegen drei Stimmen angenommen und wird demnach dem Antrage des Verbandes der Arbeitsleute Folge geleistet werden. Hierdurch wurde die Verathung der übrigen Anträge überflüssig und die Tagesordnung der demnächst stattfindenden Generalversammlung des Verbandes der Arbeitsleute durchberathen. Es wurde beschlossen, zwei Delegirte zu dieser Generalversammlung zu entsenden, worauf die Wahl hierzu vorgenommen wurde. Hiermit war die Arbeit des Kongresses erschöpft und mit dem Wunsche auf eine segensreiche Arbeit unter den neuen Verhältnissen wurde der Kongress geschlossen. E. Br.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftshäuser. Das Gewerkschaftshaus-Projekt der Dresdener Arbeiterchaft, über das wir in letzter Nummer unserer Zeitung berichteten, ist schneller, als Viele es ahnten, verwirklicht worden. Im Auftrage der in der Gründungsversammlung zur Vertheidigung des Projektes gewählten Kommission ist von drei Genossen der Gasthof „Zum Schwan“, Ribbenberger- und Markstraße, angekauft worden und soll dort das geplante Gewerkschafts- oder Volkshaus errichtet werden.

Am 4. Mai wurde auch das Charlottenburger Volkshaus eröffnet. Bei der Eröffnungsfeierlichkeit, zu der sich außer den sozialdemokratischen Stadtverordneten, zwei Liberale und der Stadtrath Dr. Jastrow, sowie die Reichstagsabgeordneten Zubeil und Pfannkuch, die Rechtsanwälte Karl und Theodor Liebknecht, Dr. L. Arons und Baumeister Scharke-Berlin, der mit seinem Theilhaber, dem Architekten Kurt Verbitz, das Volkshaus erbaut hat, eingehenden hatten, gab Stadtverordneter Pirsch in seiner Begrüßungsrede einen Ueberblick über die Entstehung des Hauses und über die Einrichtungen des Volkshauses. An der Straßenfront liegt ein Wohngebäude, dessen erste Etage die All-gemeine Ortskassenkasse auf zehn Jahre gemiethet hat; die übrigen Räume des Vorderhauses und Seitenhauses sind zu Wohnungen von 2-4 Zimmern eingerichtet. Im Hofe sind die Restaurations- und Versammlungslokale in einem besonderen großen Gebäude belegen. Im Parterre befindet sich ein Saal, der ca. 600 Personen faßt, während der große Saal im Obergeschoß 1200 Personen aufnehmen im Stande ist. Die schönen Räume fanden bei dem Rundgange, den die Theilnehmer an der Feier unternahmen, allgemeine Anerkennung. Außer den Versammlungs-sälen ist eine Reihe von Vereinszimmern vorhanden.

Von der Neutralität der christlichen Gewerkschaften bekommt man einen kleinen Begriff, wenn man sich folgende Aeußerung einer Zentrumskorrespondenz ansieht, die wir gleichlautend in mehreren ultramontanen Zeitungen, u. A. dem „Berliner Tageblatt“, fanden. In Würdigung der empfindlichen Niederlage des Zentrumsmanne bei der Reichstagswahl im Kreise Saarbrücken heißt es da:

„Für das Zentrum wird der Wahlkreis Saarbrücken erst dann eine sichere Aussicht bieten, wenn die Arbeiter von dem wirtschaftlichen Druck, der auf ihnen lastet, losgelöst sind. Die Gründung christlicher Gewerkschaften wäre auch in Saarabien ein dringendes Erforderniß!“

Was sagen dazu die Gewerkschaftschriften, daß ihnen die Wahlagitationarbeit des Zentrums so vertrauensvoll übertragen wird. Wir müßten ja längst, daß es mit dem „neutralen Charakter“ der christlichen Gewerkschaften eitel Humbug ist, interessant ist es aber immerhin, daß von einer Seite, die es wissen muß — der Zentrumspresse — bestätigt zu finden.

Die Arbeitsbörsen, jene wichtigen gewerkschaftlichen Organisationen der französischen Arbeiterchaft, werden in einer fragmentarischen Studie gewürdigt, die den jüngst verstorbenen Generalsekretär der Föderation der Arbeitsbörsen, Fernand Pelloutier, zum Verfasser hat, und der wir nach der „Leipz. Volksztg.“ folgende Angaben entnehmen:

Die Arbeitsbörsen sind eine Erscheinung jüngeren Datums, 1886 wurde die erste Arbeitsbörse in Paris gegründet, 1892 vereinigten sich schon die 14 existirenden Börsen zu einer Föderation für ganz Frankreich, mit einem leitenden Föderalcomité in Paris, bestehend aus je einem Vertreter von jeder Börse. Gegenwärtig giebt es in Frankreich 65 Arbeitsbörsen in allen wichtigeren Industriezentren, die in dem Pariser Centralcomité vereinigt sind und jährliche Kongresse abhalten.

Was ist eigentlich eine Arbeitsbörse? Wenn wir eine Analogie aus unserem deutschen Gewerkschaftsleben herausgreifen müßten, so würden wir am ehesten die Arbeitsbörse als das in's Französische übersezte Gewerkschafts-karriell bezeichnen. Es ist dies nämlich die lokale Verbindung der örtlichen Gewerkschaften je einer größeren Stadt. Allein sowohl ihren Funktionen, wie dem allgemeinen Charakter der französischen Gewerkschaftsorganisation nach unterscheidet sich die Arbeitsbörse von unserem Gewerkschafts-karriell sehr wesentlich.

In Deutschland konzentriert sich das eigentliche gewerkschaftliche Leben, der Kampf, die Kraft der Organisation in den Zentralverbänden, die Gewerkschafts-karrielle sind nur die fortlaufenden äußeren Kreislaufknoten dieser großen Arterien des gewerkschaftlichen Lebens. In Frankreich ganz umgekehrt. Es genügt, zu bemerken, daß durch-aus nicht alle Gewerkschaften überhaupt zu Zentralverbänden für ganz Frankreich vereinigt sind, in vielen Branchen führen die Ortsgruppen ihr Dasein jede für sich. Bezüglich für die in dieser Beziehung in Frankreich verbreitete Auffassung ist z. B. die Neukerung eines in Gewerkschaftskreisen mit gewisser Autorität auftretenden Ökonomen und Sozialisten G. Sorrel, der in seiner Vorrede zum Werk Pelloutier's sagt: „Die Zentralverbände, die man in ziemlich großer Anzahl gegründet hat, haben nicht viel Verantwortlichkeit aufweisen können, weil die Ortsgruppen, die sie vereinigen, zu viel Interessen haben, die sich in enger Abhängigkeit von lokalen Gewohnheiten und Verhältnissen befinden.“

Das ist in der That das Merkwürdige an den französischen Gewerkschaften und im gleichen Maße das Bezugs-nende für ihre Rückständigkeit, daß alle Zentralisation

auf nationaler Basis äußerst schwer vor sich geht, während sich das meiste Leben in lokalen Organen konzentriert. Auf diese Weise sind die Arbeitsbörsen in ihrer heutigen Gestalt von vornherein eine charakteristische Erscheinung der Zersplitterung und des Ganges zum Particularismus unter den französischen Gewerkschaftern.

Dementsprechend entwickeln die Arbeitsbörsen eine sehr mannigfaltige Thätigkeit. Nach dem typischen Beispiel des Statuts der Börse von St. Etienne zerfällt das leitende Comité einer jeden in fünf Unterkommissionen, deren Beschäftigung sich zertheilt in: die Administration, die Kontrolle der Finanzen, Führung der Statistik sowie des Arbeits-nachweises, die Leitung von beruflichen Unterrichtskursen, Leitung der allgemeinen Propaganda, Herausgabe des offiziellen Organs der Börse, endlich Leitung der Bibliothek.

Eine der Hauptfunktionen der Arbeitsbörsen ist der Arbeitsnachweis. Hier geht das Bestreben seit Jahren dahin, die privaten ausbeuterischen Nachweismureaus sowie analoge Gemeindegründungen aus dem Wege zu räumen. Dies gelingt auch den Arbeitsbörsen in ziemlichem Umfange. Durch ständige Verbindungen im ganzen Lande vermitteln sie Stellen an Arbeitslose auf große Entfernungen, z. B. von Nantes nach Tours, von Tours nach Paris u. Diese allmähliche Erweiterung des Wirkungskreises der Arbeitsbörsen im Arbeitsnachweis hat sogar neulich, 1900, zur Gründung des Nationalen Arbeitsamtes für Statistik und Arbeitsnachweis in Frankreich geführt.

Es entstand aus der Bestrebung der Börsen, möglichst jede Woche miteinander statistische Bulletins über offene Stellen in jedem Berufe auszutauschen. Da sich dabei die Gründung einer eigenen Druckerei als notwendig erwies, was die Mittel der Arbeitsbörsen überstieg, so wandte sich die Föderation der Börsen an die Regierung um eine Subvention von Frs. 10 000 jährlich. Andererseits befand sich das Cabinet Waldeck-Rousseau gerade um dieselbe Zeit in großer Verlegenheit wegen des ungeheuren Heeres von Arbeitslosen, die nach der Beendigung der Arbeiten an der großen Weltausstellung auf dem Pariser Pflaster lungerten, und suchte mit der weißen Scheu aller Regierungen vor dem „gefährlichen Gesindel“ der hungrigen Proletarier, sie irgendwo hin abzuschieben. Unter diesen Umständen gewährte es die nachgesuchte Subvention an die Arbeitsbörsen, und seitdem wird der Nachrichtendienst für Arbeitsuchende allmähentlich besorgt. Nebenbei gesagt, hat der Finanzminister diese Subvention, gleich nachdem der Abschub der unliebsamen Elemente aus der Hauptstadt geschehen war, wieder entzogen. Erst bürgerliche Radikale in der Kammer hatten sich auf heftige Klagen der Gewerkschaften der Sache wieder angenommen.

Die Angelegenheit des offiziellen Arbeitsamtes ist wiederum für die Thätigkeit der Arbeitsbörsen charakteristisch. Wie bei dieser Gelegenheit, so sind sie auf den meisten Gebieten ihrer Thätigkeit auf die Unterstützung der Staatsorgane zugeschnitten. So bezieht ihre in weitem Umfange betriebene Arbeitslosen- und Reiseunterstützung zum größten Theil auf entsprechenden Subventionen der städtischen Gemeinden. Außerdem ist meistens das Lokal, worin die Arbeitsbörse haust, von der Stadt verliehen, auch erhält jede von ihnen eine ständige städtische Unterstützung.

Eigene Mittel besitzen die Arbeitsbörsen so gut wie gar keine. Dementsprechend finden wir auch, daß, während sie sich auf alles Mögliche berlegen: Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, beruflichen Unterricht, allgemeine Bildungskurse, Gründung von Genossenschaften, ja sogar in der letzten Zeit die Schaffung von Gewerbenuseen projektieren, sie gleichzeitig gar keine Kassen für Streikunterstützungen haben, sich überhaupt nicht der eigentlichen Leitung der wirtschaftlichen Kämpfe nicht abgeben. Befanlich werden auch die meisten französischen Streiks mit leeren Kassen gemacht und sind nur auf Sammlungen während des Kampfes angewiesen.

In der Gesamtheit der Arbeitsbörsen, die, wenigstens nach ihren eigenen statistischen Angaben, circa 250 000, also etwa zwei Drittel aller organisierten Arbeiter repräsentieren, läßt sich gar kein einheitlicher Zug der Gewerkschaftspolitik oder der sozialen Auffassung überhaupt wahrnehmen. In den Köpfen der französischen Gewerkschaftler herrscht vielmehr derselbe „intelligente Effektivismus“, der nach dem eleganten Ausdruck Pelloutier's für die Zusammensetzung der Bibliotheken der Arbeitsbörsen maßgebend ist, mit anderen Worten, alle möglichen Ideen und Bestrebungen durcheinander, der alte stäubige Ladenaufhänger, der Generalstreik, natürlich in erster Linie. Den sozialistischen Parteien stehen die Arbeitsbörsen, wenigstens in ihren leitenden Kreisen, eher mit kühler Distanz als freundlich gegenüber. Namentlich gegen die Guesdianische Arbeiterpartei richtet sich der Unwille der meisten Börsenbewunderer, aus dem einfachen Grunde, weil die französische Sozialdemokratie von Anfang an, wie die deutsche, nur die Gründung von Zentralverbänden auf dem Boden der modernen Auffassung des Arbeiterkampfes befürwortete und betrieb. Das gegen diese Auffassung gerichtete Werk Pelloutier's kann schließlich auch nur als ein neuer kräftiger Beweis für ihre Richtigkeit und Nothwendigkeit dienen.

Briefkasten.

Anfrage an die Kollegen. Wer liefert ein 6.25 und solides Glasrohr mit Maulwurfsfell ausgekleidet?

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drehsler und deren Berufsgenossen. (G. S. 86, Hamburg.)

Im März und April sandten Ueberläufer ein: Nürnberg M. 300, Hannover 250, Gießen 200, Berlin B 200, München 100, Wald 100, Fern 100, Fürth 100, Steinförden 70, Bürgel 63,57, Reinfeld 20.

Zulassung erhielten: Berlin D M. 400, Köln 260, Berlin A 200, Linden 200, Hamburg IV 116, Hamburg I 100, Kaiserslautern 100, Sittin 50, Braunschweig 50, Harburg 50, Celle 40.

Zul. Rahmann, Osterstr. 94 g, 1. Et.



**Berichtungs-Anzeiger.**

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 Sch.)

**Braunschweig.** Sonnabend, den 24. Mai, Abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Werber 32.

**Enden.** Donnerstag, 22. Mai, bei Menthe.

**Köln a. Rh.** Sektion der Stellmacher. Samstag, den 24. Mai, im Lokale des Herrn Unkelbach, Gereonswall 4. Wegen wichtiger Tagesordnung ersucht um zahlreiches Erscheinen  
Der Sektionsführer.

**Anzeigen.**

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

**Heidelberg.** Bevollmächtigter Gustav Githner, Farthgasse 18, 5. St., 1. Treppe.

**Oranienburg.** Bevollmächtigter Albert Garlipp, Bernauerstr. 69. Reiseunterstützung zahlt der Kassirer Peter Hornung, Luisenstraße 1, 2. Treppe, Mittags von 12-1 und Abends von 6½-7½ Uhr, aus.

Ersuche die Reiseunterstützungsauszahlung, das Buch Nr. 41 226 oder die darauf lautende Reiselegitimation anzuhalten. Besitzer des Buches ist Konr. Notahr, geb. 1. 8. 48 zu Wölffen. Derselbe giebt an, sein Buch verloren zu haben, doch scheint das nicht zutreffen. W. Lindemann, Kassirer, Braunschweig, Goslarstr. 44.

**Aufforderung.**

Der Tischler Theodor Richter, geboren 28. 4. 79 zu Wilsdorf, Buch-Nr. 568, wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen der Zahlstelle Finkertwalde gegenüber nachzukommen, ebent. seine Adresse sofort einzufenden; im Nichtbefolgungsfalle müssen wir andere Maßnahmen treffen. Wir ersuchen die Verwaltungen, den Richter darauf aufmerksam zu machen.

Wohle, Bevollmächtigter, Finkertwalde, Cottbuserstr. 4, 1. Etg.

**Sterbetafel**

des

Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

**Friedrich Burre,** Glaser, geb. 20. 8. 68 zu Enslingen, gest. 24. 4. 02 zu Feuerbach an Kehlkopfentzündung.

**Emil Winkert,** Stuhlbauer, geb. 4. 6. 77 zu Geringswalde, gest. 7. 5. 02 zu Geringswalde an Herzschlag.

**Heinrich Strohmeier,** geb. 16. 11. 51 zu Alshausen, gest. 7. 5. 02 zu Düsseldorf an Magenkrebs.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Kollege Anton Bartes, sende Deine Mitgliedsbuchnummer an C. Strohbehn, Reustadt i. Holst.

Drechsler Detlef Kath, kauft dauernde Arbeit erhalten bei Adolfsen in Erfurt. Schreibe recht bald. Reisegehalt-Auszahlung bitte dies zu beachten.

Kollegen, die den Aufenthalt des Drechslers Peter Müller, geb. 24. 11. 68, Buch-Nr. 96 570, wissen, werden ersucht, die Adresse desselben an Otto Schulz, Duisburg, Arefelderstr. 12, mitteilen zu wollen.

Stelle gesucht Verheiratheter Bürstenmacher, der selbstständig arbeiten kann und in allen Arbeiten bewandert ist, sucht dauernde Stellung. Offerten nebst Lohnangabe unter N. 100 an die Exped. d. Bl.

2 Tischlergehülfen, welche schon auf rohe Bestandteile gearbeitet haben und gut eingearbeitet sind, werden für dauernd gesucht. Franz Richter, Möbelfabrik, Roda (E.-A.).

Tüchtige Schreiner und Polirer, auf Salzwasserregentische eingearbeitet, sofort gesucht. Goldmann & Jamin, Holzwerkfabrik, Oberursel b. Frankfurt a. M.

Ein tüchtiger Instrumentenbauer für musikalische Instrumente sofort gesucht. Schreiner und Tischler-Reparaturen und im Zusammen gründlich erfahren sein. Off. mit Zeugnisse und Gehaltsansprüchen unter L. B. 488 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Guter Kreisläufer auf Naturböden erhalten dauernde und lohnende Beschäftigung in der Stadthof-Küche, 59, Berlin.

Zwei Drechsler erhalten dauernde Beschäftigung auf Werkstätte bei Gustav Schlösser, Sorge (Hanzl.).

**Korbmacher.**

Notte Gestellarbeiter, auf Akkordlohn gesucht. Reise wird nach vier Wochen vergütet. Mathias & Co., Gaußstr. 6, Leipzig.

Junger tüchtiger Bürstenmachergehülfe sofort gesucht. Gebr. Volk, Kiel, Gr. Kuhberg 40.

**Tüchtige Bürstenmacher.**

Eingehir und Pecher, gegen hohen Akkordlohn sofort gesucht. Dürener Bürsten- und Pinselfabrik. Franz Meisenberg, Düren (Rheinl.).

**Tischlerei.**

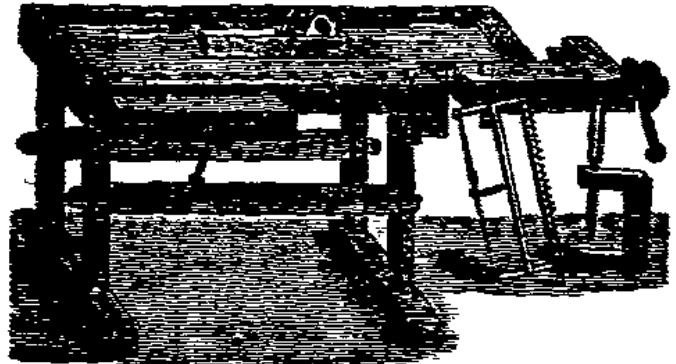
11 Jahre bestand, sofort zu verkaufen, ebent. m. Grundst. Lohndrahterei, 5pferd. Gasmotor, kompl. Holzbearbeitungsmaschinen usw. Bei M. 2000 bis 3000 ist gute Erfindung gesichert, ebent. mit dem Verkäufer als Teilhaber; eignet sich auch zur Massenfabrikation v. Möbelverzierungen u. dergl. Viel Raum zu jeder Vergrößerung. Näheres brieflich. Offerten u. S. an die Expedition dieses Blattes.

**Drechserei.**

im flotten Betriebe, Gasmotor, 4 Drehbänke zc., im Großherzogthum Oldenburg, ist krankheitshalber unter günstigen Bedingungen sofort oder später preiswerth zu verkaufen. Offert. unt. A. Z. 7 befördert die Exp. d. Bl.



Für nur 90 Pfennig franco bei Einbindung des Betrages per Postanweisung oder Briefmarken (Nachnahme kostet 20 Pf. mehr) versende ich die gezeichnete Kaiser-Jagdhorn-Mandharmonika. Dieselbe hat nämlich ovale hörnerartige Form, mit eben solchen Decken, welche in einem Schallloch auslaufen, wodurch der Ton ein ansehnlich lauter wird. An und für sich verleiht schon die neue und eigenartige Form dieser Mundharmonika ein gefälligeres Aussehen, als alle bisher existierenden Arten, außerdem kann durch wirrende Handbewegungen am Rande des Schalllochs jeder Trilleron erzeugt werden. Versandt in Packeten schönen Grüns (2 Stück franco M. 1.70, 3 Stück franco M. 2.40). Preislisten über alle Arten Musikinstrumente gratis und franco. Nur allein zu beziehen durch Hehr. Suhr Neuenrade 167 i. Westf.



**Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke.**

Titus Axen, Altona.

Freistellen gratis und franco.

Durch die Expedition dieses Blattes sind zu beziehen:

**Entwürfe einfacher Zimmereinrichtungen.**

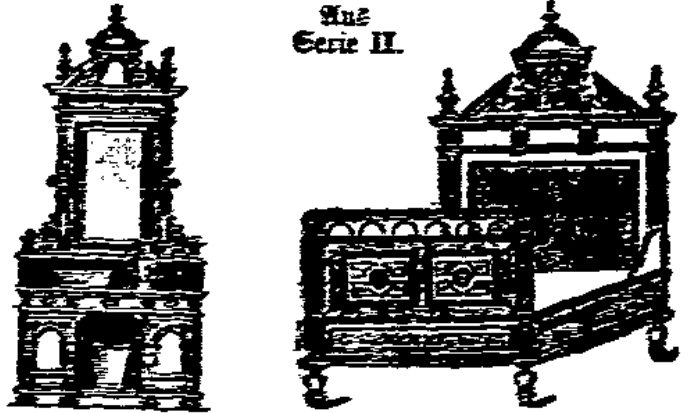
Serie I,

entw. 6 vollständige Einrichtungen auf 16 Tafeln, mit genauen Details, auf 6 Bogen. Größe 72:100. Preis M. 3.

**Entwürfe moderner Zimmereinrichtungen.**

Serie II,

entw. 6 vollständige Einrichtungen auf 16 Tafeln, mit genauen Details, auf 8 Bogen. Größe 72:100. Preis M. 3.



Neu! Neu!

**Der Treppenbau.**

Atlas mit 40 Doppeltafeln und Text von Prof. Walther Lange, Direktor des Technikums in Bremen. Preis 10 Mark.

Zu beziehen durch Die Expedition der „Holzarb.-Ztg.“

**C. Bratsch, Reinickendorf-Berlin.**  
Bratsch's Politur „Unerreicht“  
Bratsch's Eichen-Wachsbeizen  
Bratsch's weltberühmt. Mattlack  
Bratsch's Schellack-Porenfüller  
Bratsch's Politur- u. Glanzlacke  
sind die besten.

Prämiirt:

Leipzig und Gewerbeausstell. Berlin.

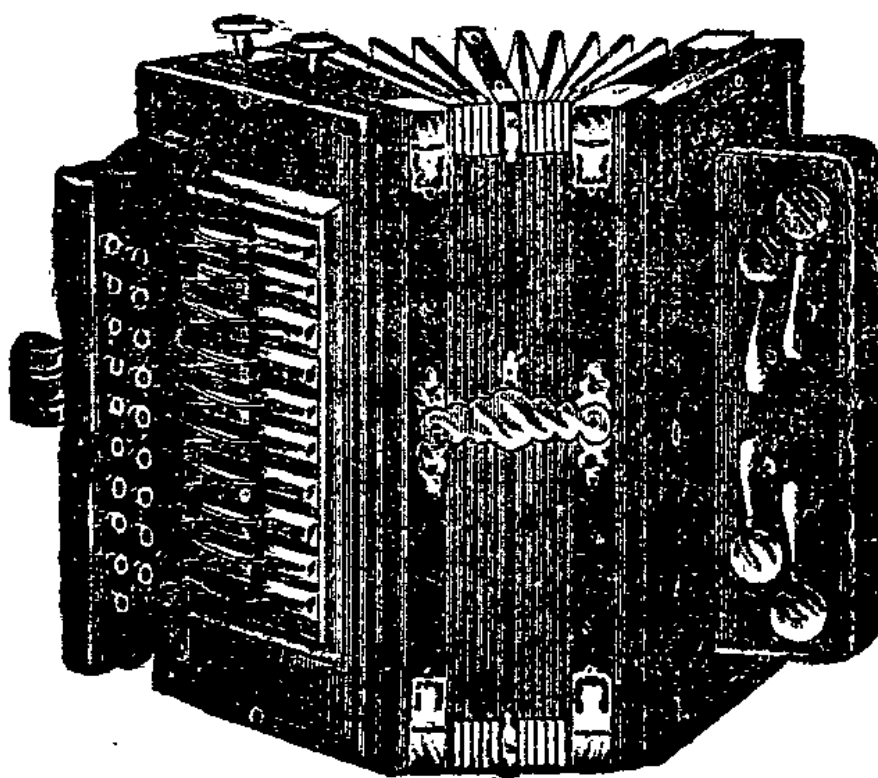


P. Kl. Fuchsschwanz, auswechselb. Blatt, 20-25 lg. u. 5-6 brt. Kl. Hobel, aller Art, Zu haben in all. besseren Werkzeughandl. und bei J. Ziegler, München, Maisstr. 17a.

**Technische Selbstunterrichtslehre.**  
nichtmerke-System Karppe-Hub.  
1. Baugewerksmeister. 2. Feldbau-techniker. 3. Bautechniker. 4. Bau-schlosser u. Installeur. 5. Mautschl. 6. Architekturschreiber. 7. Polier. 8. Strassenbautechniker. 9. Wasser- u. Brückenbautechniker. 10. Eisenbahntechn. 11. Kultur- u. Wasserbautechn.  
Jedes dieser Werke ist für sich abgeschlossen und erscheint in Lieferungen à 60 Pf. Diese rühmlichst bekannten und von der Fachpresse vorzüglich beurteilten Selbstunterrichtswerke ermöglichen es jedem strebsamen Techniker, ohne den Besuch einer technischen Fachschule sich dasjenige Wissen und Können anzueignen, dessen ein tücht. Techniker bedarf. Anhaltensamungen, sowie Fortbildungen bereitwillig.  
Bonnes & Nachfeld, Potsdam.

**Tischler-Fachschule Detmold**  
Drei- u. sechsmonatl. Kursus. Eintritt am 1. jedes Monats. Bewährte Ausbildung  
Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl.  
Zeichner, Werkführer, Meister.

**Jeder Harmonikaspieler!**



Sollte wissen, daß die berühmten Verahm-Concert-Harmonikas nur von der thüringisch ältesten und größten Neuenrade Instrumentenfabrik von Hehr. Suhr zu beziehen sind. Keine Concurrenz darf solche liefern. Als colossal billig für nur Mk. 8,50. Vier Wochen zur Probe gegen Nachnahme versende die dreißigige Säukler-Harmonika „Meteor“, versehen mit 19 Tasten, 4 Kontrabässen, dreißigige Claviatur mit Verdeck, Edelstimmungen und sonstigen Verzierungen, aber auch mit offener Klaviatur, wie neben abgebildet, ferner versehen mit Doppelbalg, reichem Verzierungs-Metallblech, doppelbalgigen Harmoniumartiger Natur. Leichteste Anhebe der Stimmen. Sehr gefälliges und handliches Instrument. Einzigartige Harmonikas mit 20 Tasten, 2 Bässen, offener brillanter Klaviatur, große schöne Instrumente mit weit aussehendem Doppelbalg. Preis mit 2 Registern 2 hörig M. 4,25, 3 hörig mit 3 Registern M. 5,75, 4 hörig mit 2 Registern M. 7,25, 5 hörig mit 5 Registern M. 9,75, 6 hörig mit 6 Registern M. 11,25. Mit Klavierbegleitung 30 Pf. gezeichnetem Tremolando-Apparat 50 Pf. mehr. Wenn Sie anderswo eine Harmonika kaufen, verlangen Sie meinen Katalog mit großer Auswahl neuer moderner Muster zu sehr billigen Preisen.  
Hehr. Suhr, Neuenrade Nr. 6 (Westfalen).

**Paul Horn, Hamburg**

Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36

**Fabrik chemischer Produkte.**

- Paul Horn's** Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
- Paul Horn's** Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
- Paul Horn's** wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
- Paul Horn's** Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
- Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
- Paul Horn's** Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
- Paul Horn's Patent-Politur** zum Reinspolieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen.
- Paul Horn's** Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
- Paul Horn's** Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
- Paul Horn's** diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
- Paul Horn** liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
- Paul Horn** ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“
- Paul Horn** erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
- Paul Horn** besitzt das Ehrendiplom der Drechserei-Fachausstellung Leipzig 1890.
- Paul Horn** sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
- Paul Horn** versendet Preisbücher gratis und franco.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.